

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ke 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

10 Jahrgang.

Samstag, 15. Feber 1930

Nr. 40.

## Wie Frankreich „abrücken“ will. Von 680.000 auf 724.000 tons!

London, 13. Feber. Die mit großer Spannung erwartete heute abends von Tardieu abgegebene Erklärung der französischen Delegation auf der Londoner Flottenkonferenz besagt, Frankreich habe, verglichen mit der Vorkriegszeit, seine Flottenstreitkräfte bedeutend vermindert. Heute besitze Frankreich 681.808 Tonnen, d. h. 457.192 Tonnen weniger als im Jahre 1914. Von allen großen Flottenmächten sei Frankreich im Jahre 1929 die einzige, deren Flottenkräfte niedriger als sein Vorkriegsstand seien. Dies sei der Grund, weshalb es verpflichtet sei, im aktiven Dienst über die Altersgrenze hinaus eine bedeutende Tonnage alter Schiffe, insbesondere Schlachtschiffe und Kreuzer zu halten. Wenn die auf der Konferenz vertretenen Mächte als Grundlage für ihr Abkommen die Schaffung eines Bauprogrammes nehmen wollten, das von 1930 bis 1936 läuft, so würde die französische Delegation bereit sein, diese Methode anzunehmen mit dem doppelten Vorbehalt, daß die vier anderen Mächte dasselbe tun und daß das französische Parlament eine solche Regelung ratifiziert. Die französische Flotte würde dann am 31. Dezember 1936 insgesamt 724.479 Tonnen umfassen.

## Deutsch-russischer Konflikt.

Berlin, 14. Feber. (Eigenbericht.) Zwischen dem Deutschen Reich und der russischen Regierung ist ein Konflikt ausgebrochen, der zwar vom deutschen Auswärtigen Amt als harmlos hingestellt wird, in Wirklichkeit doch ernste Folgen nach sich ziehen kann. Vor kurzem sind der Geschäftsführer der deutsch-russischen Konzession „Drusa“ und sein Gehilfe zu je 10.000 Rubeln Geldstrafe verurteilt worden, weil sie die Arbeitsbeschäftigung Bestimmungen übertreten haben sollen. Das wird von den Beteiligten entschieden in Abrede gestellt. Es sind außerdem noch mehrere Angehörige der Verurteilten verhaftet worden, ihr weiteres Schicksal ist bisher nicht bekannt. Der deutsche Botschafter hat nunmehr energische Vorstellungen deswegen in Moskau erhoben, doch scheint man dort der Angelegenheit keine besondere Bedeutung beizulegen. Die Situation hat sich noch weiter dadurch verschärft, daß bei der Verkaufsfähigkeit der kommunistischen Parteibetriebe in Deutschland bekannt wurde, daß von der rund 25.000 Exemplare betragenden Auflage der kommunistischen „Roten Fahne“ allein 5000 über die russische Botschaft und die russische Handelsvertretung in Berlin den Weg nach Rußland nehmen. Das stellt eine direkte Subventionierung der gegen die Republik gerichteten Bestrebungen der deutschen kommunistischen Partei durch die russische Regierung dar. Die Botschaft und Handelsvertretungen haben zwar ein Dementi erlassen, damit wird aber die Tatsache dieser Subventionierung, die von den deutschen Kommunisten in den Verkaufsverhandlungen selbst schriftlich zugegeben worden ist, nicht aus der Welt geschafft. In der kommunistischen Presse wird in Verbindung damit wieder einmal behauptet, daß Deutschland sich an einem Komplott beteiligen will, das gegen Rußland gerichtet sei. In Wirklichkeit ist es die russische Regierung, die es selbst der so Rußland freundlichen deutschen Regierung schwer macht, gute Beziehungen zu Sowjetrußland aufrecht zu erhalten.

## Wieder Bürgerkriegsgefahr in China.

Shanghai, 14. Feber. (Neuer.) Die Gefahr des Bürgerkrieges ist wiederum aufgeflammt. Die militärischen Abteilungen des Generals Fungsiang rücken neuerdings in die Provinz Szechuan in der Richtung gegen Hankau, vor. Die Regierung requiriert in Shanghai chinesische Schiffe, die sie vorzugsweise für Truppentransporte brauchen wird.

## Der Schüber der Luxemburg- und Liebtnecht-Mörder.

Zum zweiten Mal vor Gericht moralisch abgeurteilt.

Berlin, 14. Feber. (Eigenbericht.) In der zweiten Instanz des Verleumdungsprozesses des Reichsanwalts Jorns gegen den Redakteur Bornstein vom „Tagebuch“ wurde heute der Freispruch des Schöffengerichtes aufgehoben und der Beklagte wegen formaler Verleumdung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Mäger wird sich über dieses Urteil nicht sehr freuen, denn ebenso wie das Schöffengericht hat auch die Strafkammer den Wahrheitsbeweis für die gegen Jorns gerichtete Beschuldigung als erbracht angesehen. Danach ist es erwiesen, daß der jetzige Reichsanwalt Jorns die Untersuchung gegen die Mörder der Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

vertuscht und verschlept hat. Auch die Behauptung des Artikels des „Tagebuch“, daß Jorns den Tätern Vorschub geleistet hat, wird in der Begründung des Urteils als gerechtfertigt anerkannt.

Dieses Urteil wird jetzt noch ein Nachspiel haben. Denn es ist selbstverständlich, daß Jorns sein hohes Amt nicht weiter verkleiden kann, nachdem ihm zweimal von Gerichtsstellen bestätigt worden ist, daß er seine richterliche Stellung mißbraucht und dazu beigetragen hat, daß die Hauptschuldigen an der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs sich der Strafe entziehen konnten.

## Tagung der Sozialistischen Jugend-Internationale.

Am 9. Februar trat in Warschau das Büro der Sozialistischen Jugend-Internationale zusammen. Zu der Tagung waren alle Mitglieder des Büros erschienen. Der Sekretär der Internationale, Genosse Ollenhauer, erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Internationale im Jahre 1929. Im Mittelpunkt der Arbeit stand das große internationale Jugendtreffen in Wien, das der internationalen sozialistischen Jugendbewegung einen großen Erfolg brachte.

Nach den vorliegenden Berichten der angeschlossenen Verbände befindet sich die sozialistische Jugendbewegung in fast allen Ländern im Aufstiege. Im Laufe des Jahres 1929 wurden die Jugendgruppen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und die Sozialistische Jugendorganisation Argentiniens neu in die Jugend-Internationale aufgenommen. Mit einer Reihe anderer Länder werden Verhandlungen über den Anschluß an die Jugend-Internationale geführt, so vor allem mit den Jugendgruppen der englischen Labour Party, die auf ihrer letzten Reichskonferenz an das Exekutivkomitee der Partei den Antrag auf Beitritt zur Sozialistischen Jugend-Internationale gerichtet haben. In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Sekretariats gebilligt und der Kasernenbericht für das Jahr 1929 und der Voranschlag für das Jahr 1930 genehmigt.

Der Sekretär des internationalen Jugendtreffens, Genosse Kaniš, Wien, gab einen abschließenden Bericht über das internationale Jugendtreffen. Die von ihm vorgelegten Berichte und Abrechnungen bestätigten erneut den großen Erfolg dieser Tagung. Das Büro beschloß einstimmig, der österreichischen Jugend und der österreichischen Partei sowie der Stadtverwaltung Wien den Dank der Internationale für die bei der Durchführung des Jugendtreffens gewährte großzügige Hilfe und Gastfreundschaft auszusprechen.

Das Büro beschäftigte sich dann mit der Lage der sozialistischen Jugendverbände in Österreich und Polen und mit einigen aktuellen politischen Fragen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der festgestellt wird, daß es dem internationalen Proletariat und seiner Jugend in der letzten Zeit gelungen ist, dem Vormarsch des Faschismus Einhalt zu gebieten. Es wird auf den Kampf der österreichischen Sozialdemokratie mit der Weimarer Republik und auf die Auseinandersetzungen der polnischen Sozialdemokratie mit Piłsudski verwiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es in Spanien gelingen möge, mit dem Rücktritt des spanischen Diktators eine demokratische Entwicklung auch in diesem Lande wieder einzuleiten. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß diese Erfolge im Kampf gegen den internationalen Faschismus im hohen Maße der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse zu verdanken sind. Der Schlußabsatz der Resolution lautet:

„Die Wirksamkeit der englischen Arbeiterregierung hat unzweifelhaft viel zum Erfolg des internationalen Proletariats im Kampfe gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr beigetragen. Auch das Wirken der unter der Führung der deutschen und dänischen Sozialdemokratischen Regierungen hat einen großen Einfluß auf den erfreulichen Fortschritt des internationalen Kampfes gegen die faschistische Reaktion ausgeübt. Das Büro fordert die sozialistischen Jugendverbände auf, den Abwehrkampf des internationalen Proletariats durch Vermehrung

ihrer Aufklärungsarbeit unter der Jugend aller Länder über die Gefahren des Faschismus noch stärker als bisher zu unterstützen.“

Zur Beratung standen dann eine Reihe von organisatorischen Fragen. Die Sitzung billigte die Vorschläge des Sekretariats, die vor allem die Maßnahmen für die weitere Ausdehnung des Einflußgebietes der Sozialistischen Jugend-Internationale enthalten. Beschlossen wurde auch eine stärkere Förderung der internationalen Sozialistischen Studentenföderation.

Eine längere Aussprache entwickelte sich über die Frage der Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Erziehungs-Internationale und der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale. Das Büro beschloß grundsätzlich die Herstellung engerer Verbindungen mit diesen beiden internationalen Organisationen.

Die diesjährige Sitzung des Exekutivkomitees wird am 11. Juli 1930 in Kopenhagen stattfinden. Diese Sitzung wird dadurch räumlich und zeitlich mit dem skandinavischen Jugendtreffen in Kopenhagen verbunden, zu dem der dänische Verband aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens eingeladen hat. Auf dieser Sitzung des Exekutivkomitees wird auch die Frage des nächsten internationalen Jugendtreffens behandelt werden. Das Büro beschloß, der Exekutive vorzuschlagen, das dritte internationale Jugendtreffen im Sommer 1934 stattfinden zu lassen. Die Entscheidung über den Tagungsort wurde dem Exekutivkomitee überlassen. Das Exekutivkomitee wird ferner zu beraten haben über den Vorschlag des Büros, im Spätsommer 1931 die dritte internationale Führeraussprache abzuhalten.

Für den Herbst dieses Jahres ist die Durchführung einer internationalen Sommer-schule für leitende Funktionäre der angeschlossenen Jugendverbände vorgesehen. Die Sommer-schule soll die Teilnehmer in die wichtigsten Probleme der internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse einführen und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit eines engen persönlichen Kontaktes verschaffen. Aus den gleichen Erwägungen wurde beschlossen, in Zukunft die internationalen Ferienwanderungen der Verbände planmäßig durch das internationale Sekretariat zu fördern. In Aussicht genommen ist weiterhin der Austausch von Funktionären bei der Durchführung von Jugendleiterkursen der einzelnen Verbände. Beim Sekretariat der Sozialistischen Jugend-Internationale wird eine internationale Briefwechselstelle eingerichtet werden. Neu aufgenommen wurde die tschechische Sozialdemokratische Jugend in Österreich. Die Sitzung schloß mit der Erledigung einiger Delegationen zu den im Frühjahr stattfindenden Verbandstagen.

Die polnische Organisation veranstaltete am Sonntag vormittag in Warschau eine große Kundgebung. In der überfüllten Versammlung sprachen neben den Vertretern der polnischen Arbeiter- und Jugendbewegung Mitglieder des Büros. Die Kundgebung bewies, daß die polnische sozialistische Jugendorganisation trotz aller politischen Schwierigkeiten in den letzten Jahren gute Fortschritte in der Organisation der polnischen Arbeiterjugend gemacht hat. Am Montag fanden weitere internationale Kundgebungen in Lodz und Katowice statt, die ebenfalls überfüllt waren und einen erhebenden Verlauf nahmen.

## Katastrophe der Hitlerei.

„Die Bedingung ist, daß die nationalsozialistische Bewegung nie vergißt, in Wort und Tat zu zeigen, daß sie eine Arbeiterpartei ist, eine Partei der deutschen Umwälzung, die aus dem Arbeiter, dem „Proletariat“, einen vollberechtigten Volksgenossen macht...“ Wer diese Worte geschrieben hat und von den Arbeitern als Proletarier nur unter Gänsefüßchen spricht, ist weder ein Arbeiter, ist es auch nie gewesen, er hat seine gepflegten Hände nie mit den Spuren ehrlicher Arbeit beschmutzt, er ist weder Proletarier mit noch ohne Gänsefüßchen, es ist der — — Ernst Graf zu Reventlow, also „nationalsozialistischer Arbeiter“ und darum natürlich würdig, daß seine geistigen Ergüsse von unserer heimischen hakenkreuzerischen Presse nachgedruckt werden. Die „deutsche Umwälzung“, von der dieser Herr Graf spricht, „mit man aus der Geschichte der Rasse, zu der er gehört, zur Genüge. Die „deutsche Erneuerung“, bei der der Arbeiter mithelfen und als Kanonensutter dienen soll, ist die Herstellung des alten Hörigkeitsverhältnisses der „Kanaille“, — so sprachen doch früher die Angehörigen der Adelskaste vom hochmütig verachteten Arbeiter! — und die Einsetzung der „Edelsten und Besten“ in das allmächtige Herrschaftsverhältnis, aus dem sie durch die Revolution vertrieben wurden. Die erlauchten Grafen und Fürsten können doch nicht selber die „deutsche Umwälzung“ durchführen, sie haben im Kriege ihr teures Leben zum größten Teile durch Kanlei- und Stappendienst gerettet und werden es doch nicht jetzt aufs Spiel setzen. Dazu soll der deutsche Arbeiter herhalten, dem dafür — — versprochen wird, daß er zum vollberechtigten Volksgenossen gemacht werden wird! Bekanntlich ist ja seit jeher die Hauptfrage aller Grafen und Fürsten gewesen, den deutschen Arbeiter zum vollberechtigten Volksgenossen zu machen!

Eine wertvolle Illustration zu dieser „Mission“ der Hakenkreuzerei ist die vor einigen Tagen vor dem Münchener Verurteilungsgesicht durchgeführte Verhandlung in einem Prozeß, den der oberste Führer der deutschen Hakenkreuzer, Adolf Hitler, der auch der verehrte Göze der Hakenkreuzer bei uns und in Oesterreich ist, gegen den früheren deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten Herrn v. Gräfe und mehrere Zeitungsleute wegen der Behauptung angestrengt hat, er habe Südtirol verraten, er sei mit Abgesandten Mussolinis in engster und dauernder Fühlung gestanden, der Münchener Butsch von 1923 sei unter der Kontrolle Mussolinis erfolgt und die Nationalsozialisten hätten ihre Wahlpropaganda mit ihnen gelieferten Liebezahnt. In der Verurteilungsverhandlung stellte der Verteidiger der angeklagten sozialdemokratischen Redakteure eine Reihe von Anträgen, durch welche unter Beweis gestellt wurde, daß drei Wochen vor dem Münchener Butsch der italienische Hauptmann Migliorati als Abgesandter des italienischen Faschismus nach München kam und italienische Unterstützung des geplanten Unternehmens in Aussicht anbot, unter der Bedingung, daß in der Südtiroler Frage KonzeSSIONen gemacht werden. Migliorati wiederholte vor Hitler und seinem „Generalstab“ das Angebot italienischer Unterstützung mit Geld, gleichfalls unter der Bedingung, daß die Deutschen Südtirol aufgeben. In der Folgezeit habe Migliorati dem von Hitlerkreisen vorgeschlagenen Oberleutnant a. D. Reinrich v. Koenig insgesamt 50.000 Goldmark für die Uniformierung der hitlerischen Stoßtruppe und für ihre Bewaffnung übergeben. Erhebliche Geldbeträge habe auch der Führer der Oesterreichischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Oberleutnant a. D. Reschny in Wien, Hitlers Vertreter, von dem Sekretär der italienischen faschistischen Liga in Innsbruck, Mario, erhalten. Bei der Vernehmung des von der Verteidigung geführten

Zeugen, des Berliner Journalisten Abel, bestätigte dieser die in den Verweisanträgen erhobenen Behauptungen vollinhaltlich!

Die Aussagen Abels haben natürlich auf Hitler und seine Blase wie eine Bombe gewirkt. Der Vertreter Hitlers trug eiligst für die Vertagung des Prozesses Sorge und Hitler erstattete, um die Aussagen des Zeugen optisch abzuschwächen, gegen diesen die Anzeige wegen Meineids. Eine lächerliche Art der Widerlegung! Aber zugegeben, daß die Zeugenaussage Abels erst voll nach der Urteilsfällung ins Gewicht fallen wird, so bleibt noch genug von jenem übrig, was in der Hauptverhandlung bewiesen wurde. Davon sei die Mission des Hitlerianers Lüddecke hervorgehoben. Diesen Lüddecke hielten die Nationalsozialisten zuerst für einen Spieglein und liehen ihn durch einen anderen Parteigenossen überwachen. Jedenfalls an sich schon ein Unikum für eine „Arbeiterpartei“, die ihre Angehörigen durch andere Parteigenossen bespitzeln läßt. Als sich dieser Lüddecke durch den Besitz von französischen Franken verdächtig machte, ließ ihn Hitler verhaften und übergab die französischen Franken der Polizei. Nun folgte aber dieses: Nach seiner Freilassung ging der gleiche Lüddecke als offizieller Vertreter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nach Rom, schrieb in italienischen Zeitungen, die das Bildnis Mussolinis und Hitlers nebeneinander veröffentlichten, gab Interviews und wurde im Münchener Hitlerblatt als italienischer Vertreter Hitlers bezeichnet. Der nämliche Lüddecke tauchte nach dem Münchener Putsch im Frühjahr 1924 in New York auf, erzählte dem Zeugen Peter Scher, daß er im Auftrag Hitlers bei dem Multimillionär Ford in Detroit gewesen ist, aber abgewiesen worden sei, und er wohnte in einem vornehmen Hotel, weil er die Bewegung „hoch repräsentieren“ müsse. Festgestellt auch wurde, daß dieser Lüddecke, ein Mensch ohne Beruf und sichtbares Einkommen, dieser Mann, der im Besitze von französischen Franken betroffen wurde, auf seine eigenen Kosten einen ganzen Sturmtrupp für Hitler ausgerüstet hat! Herr Hitler selber hat erklärt, daß er niemals Geld von einem Juden, von einem Ausländer und unter einer Bedingung angenommen habe. Was er aber zu behaupten bis heute strifte unterlassen hat, das ist, daß seine „Arbeiterpartei“ auch niemals Geld von der Großindustrie genommen habe, er kann dies nicht behaupten; in jedem Falle ist es längst klar, daß die Reklameauslagen und die feinerzeitigen Bewaffnungskosten dieser „Arbeiterpartei“ nicht aus den Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen und Zeitungen gedeckt werden konnten, daß sie mit Subventionen aus Geldquellen gespeist wurde, die an dieser Speisung und an den Absichten dieser „Arbeiterpartei“ ein lebhaftes Interesse haben.

Man braucht aber das Ende dieses Prozesses, in dem Hitlers „gesellschaftliche“ Beziehungen zu allerlei Kapitalisten längst einwandfrei festgestellt wurden, nicht abzuwarten,

um sich über den Charakter und die wahren Ziele des sogenannten Nationalsozialismus klar zu sein. Man braucht nur das politische Verhalten der Nationalsozialisten zu verfolgen, dann weiß man, daß diese Partei keine sozialistische, sondern eine faschistische ist, daß der Nationalsozialismus der Todfeind einer wirklichen Befreiung der Arbeiterklasse ist, daß er an alles denkt, nur nicht daran, den deutschen Arbeiter wirklich zum gleichberechtigten Volksgenossen des Grafen zu Reventlow, seiner Rastengenossen und der Angehörigen der Schwerverdienerklasse zu machen, sondern daß er der Sturmbock für das sozialistenfeindliche Unternehmertum ist, als das hemmungslose Werkzeug jeder wirtschaftlichen und politischen Reaktion von diesem Unternehmertum auch gewertet wird. An dem verfolgten und vorgeführten Kampf der Hakenkreuzler gegen das „jüdische

Kapital“ und für die „Brechung der Zins knechtschaft“ hat das Kapital nichts auszusetzen, denn es weiß, daß es diesen „Kampf“ nicht ernst zu nehmen braucht. Die Kapitalisten haben sich selber gehütet, ihre Organisationen nach konfessionellen Gesichtspunkten aufzubauen und haben alle Ursache, zufrieden zu sein, wenn die Nationalsozialisten durch antisemitische Schlagworte an der Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterschaft arbeiten und wenn sie den Arbeitern die Tatsache verhüllen, daß das Kapital weder jüdisch noch christlich, weder französisch noch englisch, sondern international ist, das nur an eines denkt, an den Profit durch die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter.

Wie immer der Münchener Prozeß ausgehen wird, er hat schon bis jetzt genug der Tatsachen zutage gefördert, welche ihn als eine Katastrophe der Hittlererei erscheinen lassen.

### Das Schlußwort des Finanzministers.

#### Höhere Steuereingänge 1929 - Pensionisten, Staatsangestellte, Selbstverwaltung.

Prag, 14. Feber. Im Budgetauschuß hielt Finanzminister Dr. Engliš gestern abends ein ausführliches Schlußwort, wobei er einleitend konstatierte, daß das Budget noch niemals so gründlich durchberaten wurde, wie heute. Die Aktivität des Budgets sei ohne Zweifel; man höre eher Einwände, ob man bei der Budgetierung der einzelnen Steuern nicht allzu vorsichtig vorgehe. Der Minister erklärte, daß eine gewisse Vorsicht am Platze sei;

das Budget müsse bestimmte Reserven haben und unser Budget habe diese auch für den Fall, daß die Einnahmen in der Folge einer Krise sinken sollten. Andernfalls werden sie zur Amortisierung der Staatsschuld verwendet. Hinsichtlich der direkten Steuern macht der Minister darauf aufmerksam, daß er eben vom Obersten Rechnungskontrollamt gerade die Daten für das Jahr 1929 erhalten habe.

Demnach ist der Steuereingang bedeutend günstiger als im Jahre 1928. Die Einkommensteuer brachte im Jahre 1929 rund 1239 Millionen ein, die allgemeine Erwerbsteuer 79 Millionen, die besondere Erwerbsteuer 154 Millionen, die Grundsteuer 87 Millionen, die Hauszinssteuer 7 Millionen, Rentensteuer 97 Millionen, Lantiensteuer 12 Millionen und die Steuer von höheren Dienstbehalten 9,9 Millionen.

Auch bei den indirekten Steuern, namentlich bei den Zöllen, sind Reserven vorhanden; man wisse nicht, in welchem Maße letztere von den Einfuhrschneisen abgeschöpft würden und

außerdem müßten wir als Industriestaat damit rechnen, daß wir nicht dauernd von hohen Zollmauern umgeben sein können, sondern daß wir mit den Zöllen heruntergehen müssen. Die Reparationen, die nun endgültig bestimmt sind, bedrohen das Budget nicht. Im künftigen Jahr dürften sie aus laufenden Einnahmen gedeckt werden und nur im Notfall werde man auf den der Post für Investitionszwecke belassenen Reingewinn zurückgreifen.

Noch Lösung des Reparationsproblems werde es nunmehr möglich sein zu erwägen, in welchem Maß man den Forderungen der Staatsangestellten entgegenkommen könne.

An einer späteren Stelle befaßt sich Engliš aus-

führlicher damit und erklärt, daß er es als erste Aufgabe der Staatsverwaltung ansehe, die Frage der Pensionisten zu lösen. Daran werde bereits gearbeitet und der Minister hoffe,

daß dem Parlament vielleicht schon vor dem 7. März ein Pensionistengesetz zugehen werde.

Auf welche Weise man den aktiven Staatsangestellten helfen solle, sei bisher noch nicht entschieden. Der Minister hatte bisher noch keine Gelegenheit, mit irgendeiner offiziellen Korporation über das 13. Monatsgehalt zu verhandeln, und man werde noch überlegen müssen, ob das die geeignetste Methode sei. Der Minister verschloß sich nicht der Pflicht, zu tun, was im Rahmen der Möglichkeit liege; aber in keinem Falle dürfe man etwas tun, was das Budgetgleichgewicht bedrohen könnte.

Zur Frage der Steuermoral

erklärt der Minister, daß das Problem nicht nur in dem Mangel an Beamten, sondern auch darin liege, daß deren Arbeit bisher keine Qualitätsarbeit sei. Auch müsse man die Bevölkerung von der Vorstellung heilen, daß ihr die Steuer auf Grund des Gesetzes Nr. 235 abgeschrieben würde, wenn sie sie nicht bezahle. Den Reichen sei mehr nachgelassen worden, weil sie auch mehr zu zahlen verpflichtet waren, aber in keinem Falle seien die Steuern auf Grund irgendeiner Prozeßur ermäßigt worden. Er werde glücklich sein, bis die Finanzverwaltung genau nach dem Gesetz werde entscheiden können und bis es nicht mehr ihrem freien Ermessen anheimgestellt sein werde, was sie tun darf und was nicht. Umgekehrt dürfe man die Finanzbeamten bei Interventionen nicht als „Lagabunden“ hinstellen. Ungehörigkeiten gegenüber den Steuerzahlern dürfe man freilich nicht dulden, der Beamte müsse sich beherrschen und im Verkehr mit den Steuerträgern Geduld haben. Aber auf der anderen Seite müsse er auch die Gewißheit haben, daß ihm nichts geschehen könne, wenn er seine Pflicht erfüllt.

Der Minister gibt zu, daß wir in Steuer-sachen noch ein Chaos und eine Unordnung haben,

erklärt aber, daß man alles tun werde, um dem abzuhelfen. Die Absicht, die Steuerämter mit den Steuerverwaltungen am Sitz der politischen Behörden zusammenzusetzen, bestehe tatsächlich. Man erhoffe sich davon eine große Kräfte-

### Gehäufte Demonstrationen in Spanien.

Paris, 14. Feber. Wie die Agence Havas aus Madrid erfährt, demonstrierten gestern in den Straßen von Madrid ungefähr 1000 Arbeitslose. Sie wollten auch zum königlichen Palais ziehen, wurden aber von der Polizei zersprengt. Die Demonstranten sollen an einigen Stellen Geschäfte ausgeplündert haben. Der Bürgermeister der Stadt sowie auch der Arbeitsminister versprachen einer Abordnung der Arbeitslosen eine Hilfeleistung zu gewähren.

Auch aus Barcelona traf die Meldung ein, daß bei von Studenten veranstalteten Demonstrationen 5 Personen, darunter zwei Studenten schwer verletzt wurden. Die Studenten erklärten einen allgemeinen Streik zu inszenieren, falls der Zivilgouverneur nicht binnen 48 Stunden abtreten wird.

Die noch nicht überwundene administrative Krise im Steuerwesen führe auch zu einer Krise der Selbstverwaltung. Wenn die Steuerämter zu nichts anderem als Steuerbefreiungen verwendet worden wären, stünde auch die Selbstverwaltung heute anders da. Die Steuerreform habe jedoch eine Erweiterung der Zuschlagsgrundlage gebracht und neuer zeigten sich schon günstigere Ergebnisse.

Im Ministerium ist ein Gesetz vorbereitet, das die Situation der Selbstverwaltungslörper lösen und ihnen zum Budgetgleichgewicht verhelfen soll.

Dadurch soll auch Zeit für die Vorbereitung einer gründlich durchdachten definitiven Regelung gewonnen werden.

Nunmehr müsse man sich auch der Aufgaben klar werden, die unser harren, vor allem sozialer Aufgaben, wie das Genet System, die Wohnungsfrage, das Problem der Staatsbeamten und dergleichen.

Hinsichtlich der Angestellten der Tabakregie führte der Minister aus, daß man auch hier auf der 48stündigen Arbeitswoche bestehen müsse. Die Zerabteilung der Ausgaben für Löhne um fünf Millionen entspreche dem Abgang von etwa 500 Personen in die Pension; der ersparte Betrag werde aber wieder durch erhöhte Pensionslasten zum größten Teil ausgezehrt. Ein neuer Entwurf einer Pensionsordnung für die Arbeiter der Tabakregie sei in Vorbereitung. Die Löhne der Arbeiter seien durch Abrechnungsbezug bestimmt, wobei bei der Einreichung einzelner Gruppen in die höchsten Lohnklassen in erster Linie auf die Arbeiterschaft an den Maschinen Rücksicht genommen wurde, obwohl die mit Handarbeit beschäftigten Arbeiter die Arbeit an den Maschinen für verhältnismäßig leichter ansehen.

Endlich erklärt der Minister, daß unsere Währung auch für die Zeit einer Krise gesichert sei. Es wäre traurig, wenn der erste Krisenfall schon eine Währungskrise hervorgerufen hätte. Im Jahre 1922 hätten wir bei ungenügenden Reserven eine ungeheure Krise mit 400.000 Arbeitslosen gehabt und dennoch hätte man den Kurs der Währung erhalten können. Hinsichtlich der Sicherheit unserer Währung könne man nicht die geringsten Zweifel aussprechen.

**Ich oder — Ich?**  
Roman von Herman Hagedorn.  
Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.  
(Nachdruck verboten.)  
Rein! Noch einen Umtrunk! gröhlt Jacob und gibt ihm einen Schlag auf die Schulter, daß Bentheim fast zusammenbricht. „Dieser Hölle!“ wimmert Bentheim. „... vielleicht trinken wir morgen Abend in der Hölle besseren...“ grinst Jacob. Bentheim fühlt, wie seine Knie zusammen-schlagen... Morgen! Morgen!... Wenn Aram dann nicht tot ist...!  
18. Kapitel.  
Schatten an den Fenstern.  
„Du bist ein Narr!“ sagte Paul Westmann und sah wütend auf den eleganten Herrn im Smoking, der vor ihm stand. Westmanns Gegenüber blieb stumm. „Wie lange soll das Spiel noch dauern? Immer? ... ha ... ha ... Sie sind dir ja schon auf den Fersen! Du iostest die Polizei besser kennen, als irgend jemand anders... Fort! du noch nicht das Alirren der Fesseln?“ Noch immer blieb Westmanns Gegenüber stumm. „Außerdem beminnst du dich wie ein Idiot! Du tust ja alles Mögliche, um deine Identität zu zerstören... Du bringst sie ja mit Gewalt darauf, daß du ein anderer bist, als du scheinst? Ha... Dummkopf! Und was ist der Grund? Die Wahrheit will ich hören?“ Siebe. Du versuchter Narr, hast du noch Anrecht auf Liebe? Du hast Anrecht auf die Hölle!...

auf den Galgen! ... auf das Fallbeil! Das ist dein Anrecht! Nichts weiter! Selbstmörder! Dort ist Geld im Schrank im Tresor! Mehr, als du je im Leben gesehen hast... mehr, als du je im Leben verbrauchen kannst... Nimm es! Flieh! Flieh!... Südamerika!... Australien!... Es gibt Länder, in denen dich niemand finden wird. Du hast doch kein Stroh im Kopf. Wirft der jagenden Meute schon ein Schnippchen schlagen... Jetzt ist noch Zeit! Die nächste Minute kann dich schon verderben. Du willst nicht? Du schüttelst mit dem Kopf? Deine Lippen formen einen Namen...? Jungel? Vielleicht kommt noch ein Tag? Ein Tag wie heute... mit ihr? Mit Küffen? Leidenschaft! Tanniel...? Und dafür willst du am Galgen hängen? Dafür!... Dafür! Du nicht mit dem Kopf? Gut! Ich wußte, daß du ein Narr bist... Karren enden am Galgen...! Westmann trat zurück. Auch der andere trat zurück. Dieser andere war nichts als das Spiegelbild Westmanns, mit dem er sich unterhalten hatte. Es war wahr! Jungel! Er liebte sie mehr als sein Leben... Und es war kein Zweifel. Er würde die Tage des Glücks mit seinem Tode bezahlen müssen. Tage? Klopste das Schicksal nicht schon an die Tür. Westmann setzte sich an den gedeckten Tisch. Er hatte sich im Arbeitszimmer servieren lassen. Hatte noch einmal alle Aufzeichnungen und

Briefe Arams gelesen. Hatte daraus den Mut geschöpft, noch für einige Zeit dies Spiel weiter zu spielen... Natürlich... Ba Banque... Die Würfel rollten! Jeden Augenblick konnte der Einsatz zum Teufel sein. Und dieser Einsatz war... sein Leben! „Der Diener Johann ist nicht mehr der Alte! Er scheint stuhig geworden zu sein. Er betrachtet mich lauernd, mißtrauisch. Seine Freundlichkeit hat etwas Falsches... Er wollte mit mir plaudern. Hätte er das bei Aram gewagt? Ich glaube kaum...“ Aushorchen wollte er mich! Keine Frage... Er umschleicht mich wie ein Detektiv. Nur Larry ist der gleiche... In seinen Schadel würde die seltsame Wahrheit nie eingehen... Er ist nichts als Muskel... Kein Quentchen Hirn und das ist gut... Ich habe Johann erlaubt und Larry gebeten, die Bedienung heute Abend zu übernehmen! Johann war mißtrauischer denn je... Er hätte doch keinen Urlaub verlangt! Es war vielleicht eine Dummheit, wenn sein nächster Weg das... Polizeipräsidium ist.“ So weit war Paul Westmann mit seinem Selbstgespräch gekommen, als er aufschaute. Sein Blick fiel, wie von einer magnetischen Kraft angezogen, auf die Vorhänge, die den Arbeitsraum vom Schlafzimmer trennten. Westmann stieß keinen Schrei aus, als er das Furchtbare dort erkannte. Sein Auge blieb starr und sehl. Trostlos fühlte er deutlich, daß sich eiskalte Schweißtropfen auf seiner Stirn bildeten. In dem Schlitze des Vorgangs sah er nichts, als den metallisch glänzenden Lauf eines Revolvers, der auf ihn gerichtet war und jeder seiner Bewegungen folgte. Westmann sah keine Hand. Er sah kein Ge-

sicht. Er sah nicht die Formen eines Menschen hinter dem Vorhang. Nichts als den kalten Lauf mit der drohenden Mündung. Und doch wurden seine Augen fortgerissen von diesem drohenden Todeslauf. Hinter Westmann wurde eine Tür aufgerissen. Wild! Brutal! Drohend! Ein neuer Feind? Westmann fuhr herum... starnte in das verzerrte Gesicht eines Mannes... starnte in... sein eigenes Gesicht! Spu! Westmann strich sich über die Augen. Der andere blieb... Und schließlich die Erkenntnis! Der Mann in der Tür war Aram... der echte Aram! Der Mann, dessen Leben er eingetauscht! Wie sah er aus? Westmann zuckte zusammen. Nie hatte er ein Gesicht gesehen, in dem mehr Mut, Haß und auch Angst stand. „Betrüger!“ kreischte Benno Arams Stimme. Aram taumelte in das Zimmer. Er warf sich auf einen Stuhl. Stürzte wild ein Glas Cognac herunter. „Sie hier?“ Westmanns Stirn zog sich in Falten. „... Ich will mein Ich wieder haben! Ich will wieder Aram sein... Fort mit Ihnen!“ schrie Benno Aram. „Warum?“ „Eine Hölle ist hinter Westmann her! Sie ich das geahnt! Nie hätte ich mein Leben mit Ihnen getauscht! Machen Sie, daß Sie fortkommen... Hinaus aus meinem Palais... Da ist mir das Leben Arams, mein eigenes Leben lieber... Sie haben mich betrogen!... Sie haben mir nicht gesagt, daß die Polizei wie die Hölle hinter Ihnen her ist...! Fort! Hinaus! Ich bin Aram!“ (Fortsetzung folgt.)

# Reichskonferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter.

Brünn, 14. Feber. Zwei wichtige kommunalpolitische Fragen, der Entwurf einer neuen Bauordnung und die Auswirkungen des Gemeindefinanzgesetzes, haben die Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei bewogen, eine Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Bezirksvertreter einzuberufen, die heute im Doppelgebäude im Prachtbau der Brünnner Angestelltenvereinsgesellschaft zusammentrat. Die sehr gut besuchte Tagung wurde um 9 Uhr vormittags von Genossen Bözl, dem Vorsitzenden des Gemeindefinanzauschusses, eröffnet, der einleitend auf die verheerenden Folgen des Gemeindefinanzgesetzes und der Verwaltungsreform hinwies und die Notwendigkeit einer Stellungnahme der sozialdemokratischen Kommunalfunktionäre zur neuen sehr mangelhaften Bauordnung betonte. In das Präsidium wurden gewählt: Bözl, Katschinka-Brünn, Herget-Teplitz, ferner Gotthard-Warnsdorf und Schaffer-Mährisch-Trübau. Vor Eingang in die Tagesordnung beauftragte die Konferenz das Präsidium, dem Genossen Dr. Czoch zu seinem 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu übermitteln. Dann begrüßt Genosse Wellan namens der Brünnner Bezirksorganisation die Tagung, worauf zum ersten Punkt der Tagesordnung:

## Auswirkungen des Gemeindefinanzgesetzes

Landesausschussmitglied Genosse Grund das Wort ergriff. Er führte folgendes aus:

Schon bei der Vorlage des Gesetzes hatten wir Anlaß, auf die Gefahr hinzuweisen, die das Gesetz für die Gemeindefinanzwirtschaft mit sich bringen wird. Nun liegen die Erfahrungen von zwei Jahren hinter uns und wir sehen, daß unsere Befürchtungen sogar weit übertroffen worden sind. Es gibt heute nur eine Auffassung und nur einen Ausweg vor der drohenden Katastrophe: Beseitigung des Gesetzes. Die fürchterlichen finanziellen Wirkungen des Gesetzes lassen sich nicht vollständig lückenlos ermitteln. Die Landesverwaltung von Böhmen hat zwar Erhebungen angestellt, die noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich sind, aber es kann heute schon gesagt werden, daß die von politisch sicher unbedächtigen Elementen geleitete Arbeit eine vernichtende Anklage gegen jene ist, die an der Schaffung des Gesetzes beteiligt waren. Eine der schlimmsten Auswirkungen des Gesetzes ist, daß die Selbstverwaltungskörper, deren Einnahmen aus den zulässigen Zuschlägen nicht ausreichen und Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds erhalten sollen, lange nicht das erhalten, was sie zum Leben notwendig brauchen, auch wenn sie ihre Voranschläge auf das sparsamste zusammengestellt haben. Die Ursachen sind klar. Erstens verfügt der Ausgleichsfonds nicht über die notwendigen Mittel. Sie werden in Böhmen immer kleiner. Während sie 1928 noch circa 130 Millionen betragen, beliefen sie sich 1929 nur noch auf 100 Millionen, während 1928 noch ein Fünftel der angeforderten Beträge geleistet werden konnte, ist 1929 kaum ein Siebentel aufgebracht worden. Der andere Fehler ist, daß innerhalb der Verwaltung des Fonds völlige Verwirrung und Unkenntnis über die Ausgaben der Selbstverwaltungskörper herrscht. Somit könnte es nicht vorkommen, daß die Landesverwaltung einem Bezirk den Auftrag gibt, beispielsweise einen Infektionspavillon zu errichten und daß dieselbe Landesverwaltung dann aus dem Voranschlag des Bezirkes die für den Bau eingekalkulierten Beträge streicht. Ein weiterer Fehler liegt darin, daß die Gemeinden gar nicht mehr die Möglichkeit haben, ihre Wirtschaft nach den Voranschlägen einzurichten. Sie erhalten die richtiggestellten Voranschläge vielfach erst nach Ablauf des Verwaltungsjahres zurückgestellt. In Böhmen wird die Überprüfung der Voranschläge am laufenden Band vorgenommen. Es werden ganz willkürliche Streichungen durchgeführt und auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden wird nicht die mindeste Rücksicht genommen. Eine weitere Wirkung des Gesetzes ist, daß mangels anderer Einnahmequellen sich ein System von Abgaben und Gebühren entwickelt hat, das alle schädlichen Folgen eines indirekten Steuersystems mit sich bringt. Außerordentlich unheilvoll sind die Wirkungen des gegenwärtigen Systems auf die bestehenden sozialen und kulturellen Institutionen. Es ist soweit gekommen, daß Gemeinden in ihrer Existenz direkt bedroht sind. Dieses Gesetz hat aber auch schwere moralische Folgen. Das Gefühl der Verantwortung gegenüber der Wählerschaft wird durch das Gesetz keineswegs gehoben. Die Gemeindefunktionäre müssen sehen, daß ihre Arbeit überflüssig ist, weil der Voranschlag, der mit aller Sorgfalt und Bedacht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden zusammengestellt wurde, ja doch von den mit den Verhältnissen gar nicht vertrauten oberen Instanzen umgearbeitet wird. Noch lebt in der Selbstverwaltung die gute alte Tradition, es kann dazu kommen, daß das Verantwortlichkeitsgefühl erschüttert wird und daß die in der Selbstverwaltung tätigen Faktoren in dem Bestreben, Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erlangen, es mit ihren Pflichten nicht mehr allzu genau nehmen. Wenn auf diese Art die Selbstverwaltung in ihren Grundfesten erschüttert würde, wäre das ein unübersehbarer Schaden.

Unsere Gemeinden und Bezirke haben nicht nur für Straßen, Licht und Wasser zu sorgen, sie haben kulturelle und soziale Aufgaben, sie ha-

ben Fürsorge für die Jugend, für die Armen und Alten zu betreiben und das alles ist auf das allerhöchste gefährdet.

Es ergibt sich nun die Frage: Ist die Rückkehr zum früheren Zustand erstrebenswert? Nein! Früher konnte jede Gemeinde Zuschläge zu den Ertragssteuern einheben. Nun gibt es Gemeinden, die ihre Bedürfnisse bestreiten konnten ohne Umlagen, es gibt aber auch Gemeinden, die lebensunfähig sind, ob sie nun 200 oder 3000 Prozent einheben. Man hat Gemeinden mit hohen Umlagenlagen Verschwendungssucht vorgeworfen, weil man nur die Höhe der Zuschläge sah. In der einen Gemeinde werden die Steuerträger außerordentlich stark belastet, in anderen Gemeinden werden die Steuerquellen wieder gar nicht ausgenutzt. Unser Standpunkt ist also der, daß eine gleichmäßige Besteuerung der Ertragssteuer in allen Gemeinden herbeigeführt wird. Von der Besteuerung muß aber auch bei der Vertragssteuer ein Betrag ausgenommen werden, der das Existenzminimum darstellt. Die kleinsten Steuerträger müssen bewahrt werden, man könnte aber auch weitere Erleichterungen schaffen für jene, deren Ertrag weniger als 30.000 Kronen jährlich ausmacht. Auf den ersten Blick scheint es, daß bei einer gleichmäßigen Einhebung des Zuschläges zu den Steuern die Sanierung nicht erreicht werden könnte. Nach den vorliegenden Berechnungen über die Zuschläge unter Berücksichtigung der Steuerreform würde sich eine Einnahme von 2,9 Milliarden Kronen für die Zwecke der Selbstverwaltungskörper ergeben. Vor der Drohung durch das Gemeindefinanzgesetz hat die Selbstverwaltung nur 1,5 Milliarden erhalten. Es würde sich also eine Differenz von 600 Millionen Kronen zu Gunsten des Ertrages ergeben. Diese Gelder würden in einem Fonds zusammenfließen. Die Aufstellung dürfte aber nicht nach dem bisherigen System erfolgen, sondern nach einem anderen Schlüssel. Es gibt jede Willkür auszuschalten und es gibt dafür bereits ein Vorbild, nämlich England. Es gibt nur eine gerechte Art der Aufteilung, nämlich nach dem Schlüssel, der den Gemeinden und Bezirken einen Rechtsanspruch gegen den Fonds sichert. Dieser Schlüssel läßt sich nach den verschiedenen Bedürfnissen der Gemeinden ziffernmäßig ermitteln. Jede andere Art der Aufteilung, die sich nicht mathematisch errechnen läßt, ist für uns einfach unannehmbar. Die wichtigste Voraussetzung dabei ist, daß von den Bedürfnissen der Gemeinden und nicht von den Mitteln des Fonds ausgegangen wird. Nun wissen wir, daß diese neue Formel nicht sofort zu ermitteln ist. Die Gemeinden brauchen aber sofortige Hilfe. Deshalb ist es notwendig, einheitliche Zuschläge einzuhoben und diese auf diese Weise zu verteilen, daß die Gemeinden jenen Betrag bekommen, den sie vor der Umlagendrohung erhalten haben. Unter allen Umständen muß sofort eine Entschuldungssaktion in Angriff genommen werden, den Gemeinden muß bis zur Errechnung des Schlüssels die Verzinsung und Amortisierung ihrer gegenwärtigen Schulden gesichert werden. Wenn dagegen eingewendet wird, daß das eine Prämierung schlecht wirtschaftender Gemeinden wäre, so ist dem entgegenzuhalten, daß auch die schlecht wirtschaftenden Banken aus Staatsmitteln prämiert worden sind und die Ursachen der Verschuldung keineswegs in der verschwendnerischen Wirtschaft der Gemeinden liegen müßte. Auf alle Fälle muß aber eine Lockerung des Umlagenlimits herbeigeführt, die Aufnahme von Darlehen erleichtert werden, und es müssen jene Gemeinden, die lebensfähig sind, entweder zusammengezogen werden durch Eingemeindung oder durch Schaffung von Zweckverbänden, wobei nationalsozialistische Gesichtspunkte nicht maßgebend sein dürfen. Dieser Vorschlag ist rein praktischer Natur, der die gegenwärtige Möglichkeit berücksichtigt, geschaffen durch die unsoziale, von uns bekämpfte Steuerreform. Wir streben auch eine vollständige Umgestaltung des gesamten Steuersystems an. Unser Kampf gegen das Gemeindefinanzgesetz ist auch ein Kampf gegen das bestehende Steuersystem mit seinen drückenden indirekten Lasten. (Lebhafte Beifall.)

## In der Debatte

sprach sich Genosse Sacher-Fischern vor allem gegen den von den Ländern verwalteten Dotationsfonds aus. Die Gemeinden müssen ihre finanzielle Selbstständigkeit wieder erhalten, die Umlagen müssen von den Gemeinden selbst eingehoben werden, aber nicht von der Selbstverwaltung. — Genosse Kremsler setzt sich für die Vereinheitlichung der Höhe der öffentlichen Abgaben in allen Gemeinden und Bezirken ein. Die Krisis der Gemeindefinanzen ist nicht nur auf das Finanzgesetz, sondern auch auf die Steuerreform zurückzuführen, wodurch die Steuerbasis zugunsten der Besitzenden herabgesetzt wurde. Wir dürfen nicht mit dem Gemeindefinanzgesetz Kompromisse schließen, sondern müssen es mit aller Kraft bekämpfen. — Genosse Taub betont, daß wir das Gemeindefinanzgesetz heute mindestens ebenso energisch bekämpfen müssen, wie in der Zeit, da wir in der Opposition gestanden sind, weil dieses Gesetz die Selbstverwaltung zu einer hohlen Phrase gemacht hat. Wer der Fortschritt besteht darin, daß wir nun zu einem konkreten Vorschlag zur Lösung der Frage der Finanzen der Selbstverwaltungskörper gekommen sind. Wir müssen als erste Partei mit positiven Anträgen kommen. Wir stehen heute vor den Rückzugsgesichten der bürgerlichen Parteien in dieser Frage. — Gen. Dr. Strauß weist im einzelnen nach, daß die Art der Ver-

waltung und Verteilung des Dotationsfonds ganz unmöglich ist und daß die Funktionäre des Landes Böhmen als zweite, beziehungsweise dritte Instanz nicht in der Lage sind, ihre Entscheidung aus der konkreten Kenntnis der Verhältnisse heraus zu fällen. Ein so großes Verwaltungsgebiet schlägt der Idee der Verwaltung ins Gesicht. — Genosse Dr. Wiener erklärt, daß die öffentlichen Körperlichkeiten sparen müssen, aber das darf nicht geschehen an den sozialen Einrichtungen, an der Gesundheit und an der Kultur. Die Mittel für diese Zwecke zu schaffen, ist eine sozialistische Aufgabe. Das Umlagenystem bringt die Selbstverwaltungskörper in eine drückende Abhängigkeit. Was vorgeschlagen war, ist nicht die sozialistische Lösung, aber ein Schritt dazu. — Genosse Sacher betont, daß die Zuweisungen an die Gemeinden monatlich erfolgen müßten. — Genosse Lang-Reustall verlangt Aufklärung darüber, woher die Gelder genommen werden sollen für außerordentliche Zwecke, z. B. für die Unterhaltung Erwerbsloser. — Genosse Köglner-Bodenbach hat Bedenken gegen eine größere Bindung der Gemeinden in ihrer Finanzwirtschaft durch Ausgleichsfonds größerer Gebiete. Insbesondere dann, wenn die Verteilung eines solchen Fonds nicht in der Hand der Selbstverwaltung, sondern in der staatlichen Bürokratie liegt. — Genosse Bözl stellt fest, daß sich eigentlich niemand gegen die Grundzüge der vorgelegten Entschließung gewendet hat und daß den vorgebrachten Anregungen von der Antragsprüfungskommission Rechnung getragen werden wird. Redner setzt sich für einen progressiven Steuerfuß bei Freilassung eines Existenzminimums ein, damit die schwachen Steuerzahler ausgeschieden werden und eine Uebersteuerung der kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute nicht stattfinden könne.

Es wird sodann zur Wahl einer Antragsprüfungskommission geschritten, in welcher die Genossen Bözl, Grund, Dr. Wiener, Kremsler und Köglner gewählt werden. Am Nachmittag kommt in seinem Schlußwort Genosse Grund auf verschiedene Anregungen zurück, die in der Debatte vorgebracht wurden und beantwortet verschiedene an ihn gestellte Anfragen: Die Frage, vor der wir stehen, lautet: Wie retten wir die Selbstverwaltung? Der Ausgleichsfonds ist in einer solchen Lage, daß er nicht die gesetzliche und vertragliche Pflicht, welche die Gemeinden eingegangen sind, erfüllen kann. Das ist die Bankrotterklärung der Finanzen der Selbstverwaltungskörper.

## Entschließung.

Der vorliegende Entwurf einer neuen Bauordnung gibt der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Anlaß zu folgender Erklärung: Von einer neuen Bauordnung erwarten wir, daß sie dem Gemeinwohl und nicht den Sonderinteressen der Besitzenden dient, daß sie den sozialen und hygienischen Forderungen an Wohnungen und Siedlungen, den ästhetischen Bedürfnissen in der Gestaltung unserer Umwelt, den Fortschritten des Verkehrs und der Technik voll Rechnung trägt und dem beim Bau beschäftigten Arbeiter Schutz für Leben und Gesundheit sichert. Wenn auch der vorliegende Entwurf unserer Forderungen unerfüllt, manche unersättliche Bestimmungen vermissen läßt, andererseits manches enthält, was unerträglich erscheint und auch in der Form zu Bedenken Anlaß gibt, so gibt er trotzdem im allgemeinen eine brauchbare Grundlage für die Schaffung eines modernen Gesetzwerkes ab. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden in Zusammenarbeit mit der Partei und den Zentralinstanzen der Gewerkschaften sehr eingehende Vorschläge zur Abänderung, Verbesserung und Ergänzung des vorliegenden Entwurfes ausarbeiten, und für die Schaffung eines modernen Baugesetzes kämpfen. Wir sind uns aber dessen bewußt, daß auch ein modernes Baugesetz nicht unser letztes Ziel darstellen kann und daß wir unseren Kampf weiterführen müssen bis zur Erringung eines sozialen Wohnrechtes, bei welchem die Wohnung nicht Objekt einer auf Gewinn gestellten Wirtschaft, sondern Gegenstand der öffentlichen Verwaltung ist und bei dem die Träger der Baubewegung die Selbstverwaltungskörper und die gemeinnützigen Baugenossenschaften sind.

Dann beschäftigte sich die Konferenz mit dem Entwurf der neuen Bauordnung, wozu die Genossen Dr. Gruschka-Ruffig vom gesundheitlichen und Dr. Schwab-Prag vom juristischen Standpunkt Referate erstatteten. (Den ausführlichen Bericht hierüber bringen wir morgen.) Während des Referates des Genossen Dr. Schwab ist der österreichische Bundesrat Genosse Max Winter erschienen, der vom Vorsitzenden Genossen Bözl herzlich begrüßt wird, worauf Genosse Winter für den lieben und freundlichen Empfang, den ihm die Konferenz bereitet hat, dankt.

Nach einer kurzen Debatte wurde sodann ein Antrag angenommen, wonach die Konferenz dem Parteivorstand empfiehlt, zur Prüfung des Gesetzesentwurfes über die neue Bauordnung eine besondere Kommission einzusetzen. (Die zu diesem Gegenstand angenommene Resolution tragen wir morgen nach.)

Nach einem ansehnlichen Schlußwort des Vorsitzenden der Konferenz wird die Tagung, welche von 82 Delegierten besucht ist, und deren Verhandlungen auf einer außerordentlichen geistigen Höhe standen, geschlossen.

# Schlussabstimmung im Budgetauschuß.

## Unveränderte Annahme des Budgets.

Prag, 14. Feber. Der Budgetauschuß beendete gestern in einer Debatte, die bis Viertel 12 Uhr nachts dauerte, programmäßig die Debatte über den Staatsvoranschlag. Heute früh wurde der Staatsvoranschlag, das heißt seine 23 Kapitel mit den zugehörigen Voranschlägen der staatlichen Unternehmungen, des Anteils der Selbstverwaltungskörper und Fonds sowie der Verwaltung der Staatsschuld, unverändert nach dem Regierungsantrag angenommen. Ebenso wurde das eigentliche Finanzgesetz ohne Änderung genehmigt.

Resolutionen wurden im ganzen 320 überreicht, die nach dem Antrag des Berichterstatters sämtlich der Regierung zugewiesen wurden. Der Berichterstatter Dr. Sudek erklärte unter anderem, daß die Durchführung der Abänderungsanträge weitere Ausgaben in der Höhe von einigen Milliarden erfordern würde, die nicht verwirklicht werden könnten.

Der Vorsitzende, Dr. Oerth (Rep.), stellte in einem Schlußwort fest, daß der Budgetauschuß vom 15. Jänner bis heute 34 Budgetsitzungen mit einer Gesamtdauer von 190 Stunden absolviert hat. Der Beratung des vorjährigen Budgets waren 149 Stunden gewidmet. An der heutigen Debatte beteiligten sich viel mehr Redner; man könne der Debatte größte Seriosität und Verantwortlichkeitsgefühl nicht absprechen.

Der Auschuß beschäftigte sich dann noch mit der Verlängerung des Budgetprovisoriums, das nach dem Regierungsantrag bis zur Gesetzgebung des ordentlichen Budgets verlängert werden soll, und beschloß, diese Verlängerung keineswegs über den 15. April hinaus zuzulassen.

## Die Hausherrnvertreter rühren sich.

Prag, 14. Feber. Gestern fand eine Sitzung des Präsidiums des Vollzugsauschusses der tschechischen Agrarier statt, die sich unter anderem mit der von Minister Genossen Dr. Czoch angekündigten Verlängerung der Wohnungsgeetze um ein Jahr befaßte. Der entscheidende Standpunkt des Genossen Dr. Czoch hinsichtlich der Erhaltung des Mieterschutzes paßt den agrarischen Hausherrnvertreter allerdings nicht in ihren Kram. In dem Kommuniqué über die Sitzung heißt es denn auch diesbezüglich:

„Eine besondere Debatte im Vollzugsauschuß war dem Gesetz über den Mieterschutz und dem Wohnbaugesetz gewidmet. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß die republikanische Partei auf weiteren Änderungen in diesem Gesetze beharrt, denn der bisherige Zustand ist unhaltbar. Daher kann man das heutige Gesetz nicht ohne Änderung auf lange Monate hinaus verlängern, wie einige Parteien beantragen.“

Es dürfte also in dieser für die Mieter so wichtigen Angelegenheit noch zu einer Abspaltung zwischen den Linksparteien und den exponierten Vertretern der Hausherrninteressen innerhalb der Koalition kommen.

Mährisch-schlesische Landesvertretung am 3. März. Der mährisch-schlesische Landesausschuß hat gestern beschlossen, die Landesvertretung zu einer auf vier Tage anberaumten Tagung für den 3. März einzuberufen. Am Programm stehen laufende Fragen, darunter eine ganze Anzahl Personalangelegenheiten.

## Vom Rundfunk

- Sonntag.**
- Prag, 15. 8.40: Schach, 9: Die Streikburg, 11: Konzert, 12: Turnmusik, 13: Gedenkrede, 14: Schach, 15: Die Streikburg, 16: Die Streikburg, 17: Die Streikburg, 18: Die Streikburg, 19: Die Streikburg, 20: Die Streikburg, 21: Die Streikburg, 22: Die Streikburg, 23: Die Streikburg, 24: Die Streikburg, 25: Die Streikburg, 26: Die Streikburg, 27: Die Streikburg, 28: Die Streikburg, 29: Die Streikburg, 30: Die Streikburg, 31: Die Streikburg, 32: Die Streikburg, 33: Die Streikburg, 34: Die Streikburg, 35: Die Streikburg, 36: Die Streikburg, 37: Die Streikburg, 38: Die Streikburg, 39: Die Streikburg, 40: Die Streikburg, 41: Die Streikburg, 42: Die Streikburg, 43: Die Streikburg, 44: Die Streikburg, 45: Die Streikburg, 46: Die Streikburg, 47: Die Streikburg, 48: Die Streikburg, 49: Die Streikburg, 50: Die Streikburg, 51: Die Streikburg, 52: Die Streikburg, 53: Die Streikburg, 54: Die Streikburg, 55: Die Streikburg, 56: Die Streikburg, 57: Die Streikburg, 58: Die Streikburg, 59: Die Streikburg, 60: Die Streikburg, 61: Die Streikburg, 62: Die Streikburg, 63: Die Streikburg, 64: Die Streikburg, 65: Die Streikburg, 66: Die Streikburg, 67: Die Streikburg, 68: Die Streikburg, 69: Die Streikburg, 70: Die Streikburg, 71: Die Streikburg, 72: Die Streikburg, 73: Die Streikburg, 74: Die Streikburg, 75: Die Streikburg, 76: Die Streikburg, 77: Die Streikburg, 78: Die Streikburg, 79: Die Streikburg, 80: Die Streikburg, 81: Die Streikburg, 82: Die Streikburg, 83: Die Streikburg, 84: Die Streikburg, 85: Die Streikburg, 86: Die Streikburg, 87: Die Streikburg, 88: Die Streikburg, 89: Die Streikburg, 90: Die Streikburg, 91: Die Streikburg, 92: Die Streikburg, 93: Die Streikburg, 94: Die Streikburg, 95: Die Streikburg, 96: Die Streikburg, 97: Die Streikburg, 98: Die Streikburg, 99: Die Streikburg, 100: Die Streikburg.

# Tagesneuigkeiten.

## Eine Ehrung des Kindes freundes Schweizer.

Brünn, 14. Febr. (Eigenbericht.) Heute abends fand im Topz-Gebäude eine Sitzung des Reichsausschusses der Kinderfreunde statt, deren Beginn sich zu einer herzlichen Ehrung des verdienten Verbandsobmanns Genossen Professor Schweizer gestaltete, dessen 50. Geburtstag auf den heutigen Tag fällt. Der Vorsitzende Genosse Sachert-Fischer wies in herzlichen Worten auf das beispielgebende Wirken Schweizer in der Kinderfreundebewegung hin. Eine starke Gruppe „Roter Falken“ überreichte dem Genossen Schweizer als dem Gründer der Roten Falken-Bewegung ein Blumenbouquet, einer ihrer Sprecher feierte ihn als Freund und Kameraden. Für den österreichischen Reichsverein der Kinderfreunde überbrachte Max Winter-Bien die herzlichsten Glückwünsche. Genosse Taub feierte namens des Parteivorstandes den Jubilar und würdigte seine unermüdete Tätigkeit bei den Kinderfreunden, in der Bildungsarbeit und nicht zuletzt in der Parteibewegung. Es sprachen noch Genosse Pápa für die Brünnener Organisation, Genosse Kern für den Sozialistischen Jugendverband und ein Brünnener Jugendgenosse. Genosse Schweizer dankte tiefbewegt für die ihm bereite Ehrung und wies darauf hin, daß ihm die Freude an der Arbeit von unserer Jugend und unseren Kindern täglich neu geschenkt wird. Mit dem Roten Falken-Lied schloß die eindrucksvolle Feier.

## Bei Feilchenfeld gibt's Palmenmarl!

Es ist Fasching und da geht es in der Welt lustig zu. Besonders die Leute, die keine Sorgen haben, können diese leicht vergessen, allen Tanten ihres Geschmacks huldigen und die sonderbarsten Ideen zur Wirklichkeit werden lassen. Freilich, wen Kummer und Not bedrücken...

Aber nicht einmal die Zollbeamten werden im Augenblick, da sie die Verzollung der Sendung durchführten, welche als „Palmenmarl“ deklariert war, an die Staatsbeamtengehalte gedacht haben. Sie gaben sich mit Eifer ganz der Senfaktion hin, die sich in den Kisten befand und werden sich nur den Kopf zerbrochen haben, warum man ausgerechnet am Kongo den Palmen das Marl aus dem Stamm nehmen muß, wo es doch hierzulande so gutes Kindermarl gibt. Armer Zollbeamter, armer Berufsmensch, daß du nicht weißt, welcher Speise ein Banddirektor bedarf, um seinen Gaumen und den seiner Gäste zu befriedigen! Ihr armen Teufel, glaubt wahrscheinlich, daß das Marl, welches ihr mitunter in wässriger Rindsuppe vorfindet, den Gipfel lucullischer Genüsse bedeutet? Für euch, Proleten und rote Lämmel mag eine Waffersuppe mitunter schon etwas bedeuten. Aber für die Herren, die den ganzen Tag angestrengt nachdenken, wie sie euch das Leben noch schwerer machen können, als es schon ist, für die Herren ist so bald kein Kraut gewachsen, das ihnen munden würde. Da muß man schon die ganze Botanik durchstöbern, um eine Speise ausfindig zu machen, welche die Exklusivität des Hauses, in dem sie gereicht wird, beweist. Im „Palmenmarl“ wurde sie gefunden und mit „Sauce hollandaise“ wurde sie bei einem Prager Bankett serviert. Das Ansehen des Gastgebers wurde dadurch geradezu märchenhaft gehoben.

Aber märchenhaft ist auch der Hohn, der darin liegt, in einer Zeit, in der man sich bemüht, mit rationalen Wirtschaftsmethoden dem Arbeiter und Angestellten das Marl aus den Knochen zu saugen, seinen Lohn und Gehalt niedrig zu halten, um aus den so erzielten Gewinnen einer Lebensführung zu huldigen, deren Raffinement und Luxus in so kraffem probosäidem Widerspruch steht zu der katastrophalen Wirtschaftskrise, auf die sich die Herren immer berufen, wenn ihre Arbeiter und Angestellten die Forderung nach weit geringeren Bedürfnissen laut werden lassen als nach „Palmenmarl mit Sauce hollandaise“.

Rein, solange beim Prager Banddirektor Feilchenfeld und wahrscheinlich auch bei seinen Kollegen eine so erstklassige Stiche geführt wird, so lange gibt es keine Wirtschaftskrise...

## Was soll da ein Schrei noch...

nach Kämpfen der Klasse — lang der „Tag“ in seinem Arbeitslosentum und diese freche Hugenberg-Schmoderei mußte ihm angedreht werden. Aber wir sind gerecht genug, auch in einer Hakenkreuzpoesie zu Worte zu verhelfen, die wir für durchaus angemessen dem geistigen Habitus der Kocabgermanen halten. Zunächst des Kontrastes halber nochmals ein paar Verse des Liedes der Arbeitslosen:

Was soll da ein Schrei noch nach Kämpfen der „Klasse“?

Was sind wir im Schicksal und was in der Klasse? So stoßen von tatlosem Glend schwer, Wir Mann für Mann zum Hakenkreuzheer

„Wir werden nur leben, wenn das Deutschland lebt!“

und wenn es auch draufginge, so leben sie doch noch so:

Sajadere, Knallbonbon, Aktus, Viervoß, Pompon, sel'ne Masken, „fabelhaft“, jede Frau sich selber schafft: Behers Masken-Album, bunt und stark, überall — für nur 2 Mark!

Eigentümer: Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei. — Herausgeber: Hans Knirsch, Duz. — Verantwortlicher Schriftleiter: Sepp Hans Kocab, Kuffig. — Druck: Buchdruckerei St. Lieke, Kuffig.

Die rechte Weise; so soll es sein. Nicht vielleicht als bezahlte Reklame, sondern im redaktionellen Teil der sozialgen literarischen Wutrit und, wie oben, unmittelbar über der ehrenwerten Firma. Es soll der Kocab mit dem Kaktus geh'n. Die Wirkung ist fabelhaft und kostet ja nicht einmal zwei Mark, sondern ein paar lumpige Heller. Was soll da ein Schrei noch... Rein, wirklich überflüssig, Mann für Mann in Behers Masken-Album!

## 994!

London, 14. Febr. (Reuter.) Im Unterhause erklärte der Staatssekretär für Gruben, daß bei Grubenunfällen im Jahre 1929 in England 994 Bergarbeiter ums Leben kamen.

Paul Levis Bestattung. Im Krematorium zu Berlin-Wilmersdorf hat am Donnerstag eine große schmerzliche bewegte Trauergemeinde von Paul Levi Abschied genommen. Viele Köpfe des geistigen Berlin waren um seinen Sarg versammelt. Der Senior des deutschen Juristentums, der mehr als 80jährige Professor Kahl, ehrte den toten Gegner, der so oft in ritterlichem Meinungskampf gegen ihn angegriffen war. Albert Einstein und andere Männer aus dem weiten Reich von Kunst und Wissenschaft trauerten um einen der ihren. Unter vielen roten Bannern aber standen die Parteigenossen Paul Levis, die für immer von dem gläubigen und tatvollen Mitstreiter sich trennen mußten. Rudolf Breitscheid sprach den Abschiedsgruß für die Reichstagsfraktion. An der Bahre des jah Dahingegangenen ertrug in dieser Rede das Wesen des hochbegabten, seltenen geistigen Führers. Sehe dich, dankte dem Abgeordneten des sächsisch-polnischen Wahlkreises. Er und nach ihm Pleißner, Rosenfeld und Künstler rühmten die Verbundenheit Paul Levis mit der Arbeiterklasse. Dann senkte sich die rote Fahne über den Sarg, der den Leib unseres toten Parteifreundes den verklärten Flammen entgegenbrachte.

30 Kronen Wochenlohn! Das „Trautenauer Echo“ verzeichnet die Tatsache, daß es in Ostböhmen Arbeiter gibt, die im Vollbesitz ihrer Kräfte, in den besten Jahren stehend, als gut qualifizierte Arbeiter ausgewiesen, nicht mehr als 30 K pro Woche verdienen. Im Königlicher Gebiet gibt es Weberereien, in denen Kurzarbeit geleistet wird, wo die Arbeiter an zwei Werkstätten stehen müssen und am Ende der Woche 30 K mit nach Hause nehmen. Und neben ihnen gibt es Frauen und Mädchen, die sich mit 25 und 20 K pro Woche begnügen müssen!

Ford, der „Vollblüter“ erklärte, daß er beabsichtigt, sein weiteres Leben der Gründung von Handels- und anderen Schulen zu weihen. Er will zu diesem Zwecke 100 Millionen Dollars (etwa 3.800 Millionen Kronen) widmen. Ford ist überzeugt, daß die Mehrzahl der Verbrecher, die heute in den Vereinigten Staaten befangen werden, auf ungenügende Schulbildung zurückzuführen ist.

18 Kronen — Totschlag — Todesurteil. Der Arbeiter Cerneck, der den Landarbeiter Friedrich wegen einer Differenz von 18 Kronen getötet hat, wurde vom Olmücker Gericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Hauptfrage auf Mord wurde mit 9 gegen 3 Stimmen bejaht.

Ein Todesurteil auch in Troppau. Vor dem Troppauer Schwurgerichte wurde am 14. Febr. nach zweitägiger Verhandlung ein Todesurteil gefällt. Verurteilt wurde Ludwig Oblut, der des Mordes, der Vergewaltigung, der Leichenschändung und des Verbrechens wider die Natur angeklagt war. Oblut nahm die Strafe nicht an und meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an. Oblut überfiel am 17. August in Walde bei Sandhübel bei Troppau die neunjährige Gertha Obmann, erdroffte und vergewaltigte sie, worauf er die Leiche mit einem Messer noch zur Unkenntlichkeit verstümmelte. Die Leiche bedeckte er dann mit Steinen und Blättern zu. Drei Tage nach der Tat wurde er von der Gendarmerie verhaftet.

Und ein Todesurteil in Szolnok. Gestern begann in Szolnok die Verhandlung einer neuen Gruppe der Giftnischerprozesse. Während die bisherigen Angeklagten alle aus dem Dorfe Nagyszabolcs stammten, stand heute eine Bewohnerin eines anderen Dorfes des Theiswinkels, des Dorfes Tiszalakt, vor dem Gerichte. Die Angeklagte, die 54jährige wohlhabende Landwirtin Lidia Cséri wird beschuldigt, im Jahre 1926 ihre Eltern durch in Tee gegebenes Arsen vergiftet zu haben, um sie zu beerben. Frau Cséri leugnete die Tat. Sie blieb bei ihrem Begehren auch, als ihr der Präsident vorhielt, daß sie mit ihren Eltern wegen des Vermögens in einem ablehnten Verhältnis lebte. Das Gift dürfte nach ihrer Meinung in dem Schnaps gewesen sein, den ihr Vater aus der Nachbarschaft geholt hatte. Auf die wiederholte Frage des Gerichtspräsidenten, warum sie drei Tage vor ihrer Verhaftung ihr Vermögen auf den Namen ihres Sohnes umschreiben ließ, gab die Angeklagte keine Antwort. — Die Frauen stoßen meist bescheiden aus, so auch das Ehepaar Talas, das die Eltern der Angeklagten

einige Monate vor dem Tode gepflegt hatte, wofür es Wohnung und Geld erhalten habe. Einige Zeugen sagten jedoch entlastend aus und gaben sogar dem Verdachte Ausdruck, daß die Täter eventuell das Ehepaar Talas sein könnten. — Nach dem gerichtsarztlichen Gutachten seien die Eltern der Angeklagten zweifellos an Arsenvergiftung gestorben. Durch das um 18 Uhr gefällte Urteil wurde die angeklagte Lidia Cséri wegen zweifachen Mordes zum Tode durch den Strang verurteilt.

Plötzliche Kündigung eines Vertrauensmannes in der Prager Länderbank. In der Länderbank in Prag ist ein neuerlicher skandalöser Vorfall zu verzeichnen: gestern erhielt einer der Vertrauensmänner der Beamtenschaft plötzlich die Kündigung! Wir haben bereits öfters über den in der Länderbank bestehenden, langdauernden Lohnkampf berichtet, den die Angestellten deshalb zu führen genötigt sind, weil sie die ihnen von ihrem leitenden Direktor Hecht oktroyierte Regelung der Bezüge energisch ablehnen und ein Gehaltsschema verlangen, wie es in den übrigen Banken einvernehmlich eingeführt wurde. Nunmehr kündigt die Direktion einen definitiven Beamten, der sich nichts zu Schulden kommen ließ, — außer daß er ein eifriger Vertrauensmann war, der sich um die administrativen Angelegenheiten der Institutsorganisation kümmerte. Es ist klar, daß es sich der Direktion, die für ihr Verhalten im Lohnkonflikt keine Argumente hat und daher auf die gegen sie erhobenen Angriffe nicht antworten kann, darum handelt, die Beamtenschaft durch derartige Gewaltmethoden einzuschüchtern. Das wird ihr aber nicht gelingen. Wir sind überzeugt, daß dieser neueste Vorfall auf die gesamte Beamtenschaft die gegenteilige Wirkung ausüben wird, als Herr Hecht erwartet, und sie nur veranlassen wird, die gewerkschaftliche Aktion in der Länderbank auf verschärfte Weise weiterzuführen.

Für die arbeitslosen Berufsmusiker. Zugunsten der arbeitslosen Musiker intervenierte der Abgeordnete Genosse Robert Klein mit den Vertretern der Union der Musiker und des deutschen Musikerverbandes beim Nationalverteidigungsminister Dr. Viskovitzky, dem die Deputation die schreckliche Lage der zivilen Berufsmusiker schilderte, welche Lage noch dadurch verschlechtert wird, daß die Militärkapellen solche Stellen dauernder Beschäftigung inne haben, die gerechtfertigterhalber den zivilen Berufsmusikern gebühren würden. Der Minister versprach, dieser Angelegenheit seine Aufmerksamkeit zu widmen und sie auf solche Weise zu regeln, daß dieser Zustand ausgeglichen würde.

Verhärterung des Berliner Chauffeurstreiks. Bis gegen Mittag war gestern die Zahl aller streikenden und ausgesperrten Kraftdroskolenführer auf rund 5000 gestiegen. Die Wagen, die zur Zeit noch laufen, werden größtenteils von Einzelbesitzern und von sogenannten „Wilden“ Fahrern, also unorganisierten Chauffeuren, gefahren.

15 Mann im Schacht eingeschlossen. In der Nähe von St. Etienne (Frankreich) erfolgte in einer Kohlengrube ein Erdsturz, wodurch 15 Bergarbeiter in einem Schachte eingeschlossen wurden. Es ist gelungen, ihnen Nahrung zuzuführen und mit Hilfe von Röhren Luft zuzuführen.

11.000 Mark Lohngelehrer geraubt. Gestern mittags hat sich unweit der Kirche in Schlebusch bei Osn ein tolles Räuberstück abgepielt. Ein 20 jähriges Mädchen und 16 jähriger Bursche, die in Köhn-Mühlheim bei einer Bank 11.000 M. Lohngelehrer für eine Wiesdorfer Firma abgeholt hatten, wurden von einem Motorradfahrer auf belebter Straße unter Bedrohung mit einem Revolver zur Herausgabe des Geldes gezwungen, das sich in einer Aktentasche befand. Die beiden völlig eingeschüchterten Boten handigten dem Burschen die Mappe auch wirklich aus, der sich sodann auf sein Motorrad schwang und mit einem auf dem Sojussüß misshandelnden Helfershelfer das Versteck suchte. Nachdem sich das Mädchen von seinem Schreck erholt hatte, stürzte es in ein Geschäft und benrichtigte die Firma von dem Vorfall. Ein Kraftwagen der Firma nahm die Verfolgung der Räuber auf, ohne eine Spur von ihnen zu entdecken.

Der Schlusshinkel der mährischen Kassenräuber. Vor einigen Tagen wurde in der Nähe des Bezirksgerichtes in Olmütz auf der sogenannten Stautinzel ein Räuberschlusshinkel entdeckt, wo eine große Menge von Brodstangen, Keilen und anderen Diebstahlwerkzeugen gefunden wurde. Es handelt sich um die Passabiehe, die in letzter Zeit in der Smüher Gegend eine Reihe von Einbrüchen verübt hatten. Gestern früh gelang es zwei Mitglieber dieser Räuberbande auszuforschen und zu überführen. Einer von ihnen war der Verfälscher der Werkzeuge und der zweite direkter Täter. Beide wurden dem Kreisgerichte übergeben. Nach weiteren Mitgliebern der Bande wird gefahndet.

Bombe am Geleise. Auf dem Bahnhof der New York Central Eisenbahn wurde Donnerstag im Stadtteile Bronx von einem Bahnarbeiter eine ungewöhnlich große Bombe, die aus 41 Dynamitkapseln mit Rindern in einer Metallröhre bestand, aufgefunden. Der Kontaktschuh der elektrischen Lokomotive hatte die Polziste, in der die Bombe verpackt war, erfaßt und mitgeschleift. Die Bombe war ursprünglich sorgsam mit der Stromschiene verbunden. Hätte der Kontaktschuh die Verbindung nicht zerrissen, so wäre eine Explosion von ungeheurem Ausmaße erfolgt.

## Schnee- und Wetterberichte.

### Riesen- und Fergengebirge.

Naturfreundehaus „Königsböhm“ im Fergengebirge (850 Meter): Schneehöhe 35—45 Ztm., kein Neuschnee, —4 Grad, Stifähre sehr gut, Pulverschnee, Rodelbahnen sehr gut. Im ganzen Fergengebirge herrschen die idealsten Sportverhältnisse: Herrliches Winterwetter: Sonnenschein und Raufrost.

Johannisbad: —5 Grad, 35 Ztm. Schnee, Sportverhältnisse sehr gut, heiter. — Schwarzschlagbade: —2 Grad, 110 Ztm. Schnee, heiter. — Peyer: —9 Grad, 40 Ztm. Schnee, heiter. — Fuchsbergbade: —11 Grad, 60 Ztm. Schnee, heiter. — Spindlermühle, St. Peter: —11 Grad, 40 Ztm. Schnee, heiter. — Peterbade: —6 Grad, 70 Ztm. Schnee, puldrig, heiter. — Schüsselbade: —8 Grad, 70 Ztm. Schnee, heiter. — Koflig: —3 Grad, 5 Ztm. Schnee, bewölkt. — Neuwelt: —14 Grad, 25 Ztm. Mt., 5 Ztm. Neuschnee, puldrig, heiter. — Tschten: —7 Grad, 35 Ztm. Schnee, neblig.

### Erzgebirge.

Reißberg: —5 Grad, 55 Ztm. Schnee, Sportverhältnisse sehr gut, sonnig. — Bergschlößchen: —5 Grad, 40 Ztm. Schnee, Sport möglich. — Oberwiesenthal: —9 Grad, 28 Ztm. Schnee, puldrig, Stifähre, Rodelbahn sehr gut, sonnig. — Fichtelberggebiet: —3 Grad, 39 Ztm. Schnee, puldrig, Stifähre, Rodelbahn ausgezeichnet, sonnig. — Gottesgab: —4 Grad, 55 Ztm. Schnee, heiter. — Joachimsthal: —6 Grad, 35 Ztm. Schnee, neblig. — Stürmer: —8 Grad, 45 Ztm. Schnee, bewölkt.

### Böhmerwald.

Spitzberg: —10 Grad, 30 Ztm. Schnee, Stifähre gut. — Eisenstein: —11 Grad, 15 Ztm. Schnee. — Schwarzluppe: —8 Grad, 50 Ztm. Schnee, heiter. — Stubenbach: —8 Grad, 30 Ztm. Schnee, heiter.

### Altater- und Spiegler-Gebiet.

Bad Karlsbrunn: —10 Grad, 40 Ztm. Schnee, Stifähre sehr gut, Rodelbahn gut, klar. — Freiwaldbau-Gräfenberg: —8 Grad, 10 Ztm. Schnee, Stifähre sehr gut, Rodelbahn gut, klar. — Frei- —6 Grad, 25 Ztm. Schnee, Stifähre sehr gut. — Hochschar-Schauhaus: —8 Grad, 75 Ztm. Schnee, Stifähre, Rodelbahn sehr gut, klar. — Nieder-Endelwiese: —8 Grad, 10 Ztm. Schnee, Stifähre gut, Rodelbahn gut, heiter. — Ramsau: —8 Grad, 25 Ztm. Schnee, Stifähre sehr gut, Rodelbahn gut, heiter. — Reihwiesen: —7 Grad, 30 Ztm. Schnee, Stifähre, Rodelbahn gut, klar. — Roter Berg: —6 Grad, 85 Ztm. Schnee, Stifähre, Rodelbahn sehr gut, klar. — Schäferel: —10 Grad, 80 Ztm. Schnee, Stifähre sehr gut, klar. — Spiegler-Schneeberg: —8 Grad, 70 Ztm. Schnee, Stifähre sehr gut, klar. — Zuckmantel: —6 Grad, 35 Ztm. Schnee, Stifähre, Rodelbahn sehr gut, klar. — Waldenburg: —7 Grad, 30 Ztm. Schnee, Stifähre gut, heiter. — Altvater: —4 Grad, 40 Ztm. Schnee, heiter. — Neustadt: —6 Grad, 20 Ztm. Schnee, bewölkt. — Altsch: —8 Grad, 70 Ztm. Schnee, heiter.

Die New Yorker Unterwelt vollstreckt Todesurteile. In der Nähe des Yankee-Stadions wurden Donnerstag in den frühen Morgenstunden ein Mann und ein junges Mädchen von vier Männern ermordet. Die Täter kamen in einem Automobil und feuerten mit Revolvergeschüssen auf das Paar, bis es tot am Boden lag. Hierauf fuhren sie davon. Der Ermordete war ein bekannter Spieler und Lebemann, und man glaubt, daß es sich um eine „Sinxington“ handelt, die von Angehörigen der New Yorker Unterwelt vollzogen worden ist.

Im Rauch zu Tode gestürzt. Gestern morgens fand man den 64jährigen Kaufmann Gottlieb Stoch mit einer schweren Rißwunde auf dem Hinterhaupt tot in einer Straße in Prag-Rußle auf. Wie festgestellt wurde, hat sich Stoch vorher in einem russler Gasthaus schwer betrunken. Er dürfte auf dem Heimweg gestürzt sein und sich dabei die tödliche Wunde beigebracht haben.

Auf der Spur eines Juwelendiebes. Vor einigen Tagen wurde einem Prager Juwelier ein Brillant im Werte von 75.000 K entwendet. Der Dieb verfolgte den Edelstein um 10.000 Kronen und sandte den Verhaftzettel mit einem ironischen Dankbrief an den Juwelier zurück. Der Juwelier und der Beamte des Verhaftamtes, der den Stein übernommen hatte, waren auf die Polizeidirektion zur Einschuldung in das Verbroderalbum geladen worden. Sie erkannten übereinstimmend in dem Täter den Russen Maximilian Bach der schon einmal in Prag wegen Diebstahls bestraft und dann aus der Tschekoslowakei ausgewiesen worden war.

Jahrespreismäßigungen für kriegsinvaliden Traktanten. Das Eisenbahnministerium hat mittellosen, mindestens zu 20 Prozent erwerbsunfähigen Kriegsinvaliden, die Eigentümer von Tabaktraffiken sind, sowie den Witwen nach Traktanten eine 33prozentige Jahrespreismäßigung von ihrem Wohnort zum Sitz des Tabakhauptverlages und zurück bewilligt. Die Ermäßigung gilt nur Fahrten zwecks Abnahme von Tabak. Die Invaliden können sich um diese Begünstigung bei der betreffenden Staatsbahndirektion unter bestimmten Bedingungen bewerben, die das offizielle Blatt der Traktanten näher angibt. Es darf unter anderem der Reingewinn bei Verheirateten nicht 21.000, bei Witwen oder Verwitweten ohne Familie nicht 14.000 Kronen überschreiten. Den Traktanten werden eigene Legitimationen ausgegeben werden; bei der Rückfahrt müssen sie sich außerdem mit dem Abnahmebuch ausweisen, daß sie wirklich an dem betreffenden Tage einen Tabakankauf durchgeführt haben.

**Hakenkreuz und Sowjetstern.** In Lautenbach in Hessen wurde ein Mann als nationalsozialistischer Vertreter in den Kreistag gewählt, der den kommunistischen Wahlvorschlag für die Gemeindeparlamentwahl unterschrieben hatte. Bei der treuen Brüderschaft zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern nicht weiter verwunderlich.

**Er mordung einer kommunistischen Jugendsekretärin in Anklam.** Einer Meldung russischer Blätter aus Leninfeld (Nord-Kaukasien) zufolge, wurde dort die kommunistische Jugendsekretärin Nina Sanka bei der Heimkehr von einer kommunistischen Veranstaltung vor ihrer Wohnung durch Revolvergeschüsse getötet. Die Täter, die von der Sowjetpresse unter den Kulaken vermutet werden, konnten bisher nicht ermittelt werden. Auf Betreiben der kommunistischen Sekretärin war in dem Orte ein Bethaus der Baptisten in ein kommunistisches Parteilokal verwandelt worden. Die Sowjet-Presse klagt im übrigen über zunehmende Terrorakte solcher Bevölkerungskreise, die sich gegen die Antikriegspropaganda der russischen Regierung wenden.

**Taubenkrankheit?** Das Gesundheitsamt der Schweizer Stadt Zürich warnt die Bewohner vor allzu nahem Verkehr mit Tauben, da sich in der letzten Zeit eine Reihe von Hauterkrankungen gezeigt hätten. Es handelt sich um die sogenannte Taubenkrätze, die durch eine Milbe, die vor allem im Gefieder von Tauben lebt, verursacht wird.

**Eine Reise nach Dresden.** Der Kreis Teichow-Bodenbach des Allgem. Angestellten-Berbandes und die Urlaubs-Reise-Organisation Bodenbach veranstalten Sonntag, den 16. März eine Bildungsreise nach Dresden mit Besuch der Kunstschätze-Sammlung (Grünes Gewölbe), des Planetariums und einer Theater-Aufführung. Die Reisekosten einschl. der Bahnfahrt Bodenbach-Dresden und zurück, der Zusammenführungsgeldern, des Mittagstisches, der Eintritts für das Grüne Gewölbe, für das Planetarium und für den Theaterbesuch sowie der Führung durch die Stadt betragen 90 Kronen. Meldeschluß 8. März. Kostenlose Programme und Auskünfte in der Uro-Kanzlei Bodenbach, Am Graben 1083, erhältlich.

**Revolvergefecht mit Verbrechern.** Auf das Hauptbüro der Western Union Telegraphengesellschaft in Detroit, das bereits in der letzten Woche überfallen wurde, wurde abermals ein Raubüberfall ausgeführt. Hierbei kam es zu einem Revolvergefecht, wobei einer der Verbrecher erschossen, ein weiterer verwundet und mehrere Polizisten schwer verletzt wurden. Drei Räuber entkamen in einem Auto, das sie zwei Armeoffiziere abnahmen. In zwei Verbrechern wurden die nämlichen wiedererkannt, die bei dem Überfall in der letzten Woche gegen 2000 Dollar erbeuteten.

**Eine Paneuropäische Jugendversammlung,** die Donnerstag abends in der Wiener Handelskammer abgehalten wurde, wurde, wie die Blätter melden, durch jugendliche Nationalsozialisten gestört. Es wurden auch einige Stinkbomben geworfen. Seitens eines Wachbeamten wurde die Räumung des Saales vorgenommen. Zwei Anhänger der Paneuropäischen Bewegung wurden leicht verletzt und die Schuldigen der Polizei übergeben.

**Das Ministerium für Gesundheitswesen und Körperpflege** teilt mit: Am 13. Febr. wurde in Gegenwart von Vertretern des tschechoslowakischen und des Deutschen Ärzteverbandes und des Heilfonds im gegenseitigen Einverständnis vereinbart, daß die Apotheken, die bisher Medikamente für die Versicherten nur gegen Barzahlung ausgefolgt haben, von diesem Vorgehen Abstand nehmen und die Medikamente wie früher auf Rechnung des Heilfonds ausfolgen.

**Der vermählte Frankfurter Archäologe Professor Dr. Deemel** ist, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, noch am Leben und irrt in der Umgebung von Frankfurt umher. Er wurde in verschiedenen kleineren Ortshäusern von einer Anzahl von Personen einwandfrei erkannt. Wo er übernachtet und wie er sich ernährt, ist vorläufig ein Rätsel.

**Ein Schotenfeuer** vernichtete in dem badischen Dorfe Oefingen 22 Anwesen.

**Der Peiratsschwindler als Mörder.** Die Berliner Kriminalpolizei hat den 43jährigen Rudolf Dehmke wegen doppelten Mordversuchs an der Witwe Schade und ihrem 19jährigen Sohn Erich festgenommen. Er handelte offenbar aus Furcht vor einer Anzeige wegen Peiratsschwindels und Betrugs. Dehmke war Untermieter der Frau Schade seit Oktober vorigen Jahres. Unter dem Vorwand eines Eheversprechens pumpte er sie um eine größere Summe an. Die Enttäuschung war groß, als Frau Schade erfuhr, daß der angeblich reiche Vater des Bräutigams bereits im Jahre 1911 gestorben ist. Außerdem erhielt sie Kenntnis davon, daß Dehmke auch schon einer benachteiligten Gastwirtin und einer befreundeten Grünkrämhändlerin die Heirat versprochen hatte, um sie sich in bar beschaffen zu lassen. Nunmehr kündigte die Witwe ihrem Bräutigam am 6. Febr. Dehmke ab, zog aber nur auf mehrere Stunden aus. Nachts um 12 Uhr kehrte er zurück, wurde auch hineingelassen und erhielt Quartier, dankte aber für das ihm erwiesene Wohlwollen damit, daß er sich in das Schlafzimmer von Mutter und Sohn schlich und die Gashähne öffnete. Er selbst war im Wohnzimmer einquartiert, wo er gleichfalls Gas ausströmen ließ, aber gleichzeitig die Fenster geöffnet hatte. Während er am nächsten Morgen nur leicht be-

# Der Seidenarbeiterstreik in Römerstadt und Mähr.-Schönberg.

Aus Römerstadt wird uns geschrieben:

Die Firma Schiel in Römerstadt forderte von der Arbeiterschaft einen Lohnabbau bei einzelnen Artikeln bis zu einer Höhe von 38 Prozent. Daß sich einen derartigen Lohnabbau die Arbeiterschaft nicht gefallen lassen kann, ist selbstverständlich. Aus diesem Grunde trat die Arbeiterschaft in den Streik und über Aufforderung der Bolschewiken haben sich die Arbeiter der Fa. Schiel in Mähr.-Schönberg aus Solidarität angeschlossen, obwohl in dem M.-Schönberger Betriebe kein Lohnabbau verlangt wurde. Der Streik ist gegenwärtig ein vollständiger. Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes, wie irrtümlich die bürgerliche Presse meldete, haben bisher nicht stattgefunden. Es wäre wahrscheinlich vorläufig auch zwecklos zu verhandeln, weil die Bolschewiken jeden Abschluß, und selbst wenn der Lohnabbau vollständig beseitigt werden könnte, vereiteln würden, denn ihre Forderungen sind so weit gesteckt, daß ein Abschluß nicht möglich sein dürfte. Die Bolschewiken versuchen absichtlich durch übermäßige Forderungen, jeden Streik, selbst bei der ungünstigen Konjunktur, für ihre politischen Zwecke auszunützen. Sie trachten, auf ihre Art der Arbeiterschaft eine Gesamtniederlage beizubringen, weil sie sich davon eine neue Erhebung und Fortpflanzung der bolschewistischen Welle versprechen. Darum werfen

läßt aufgefunden wurde, konnten Frau Schade und ihr Sohn erst nach stundenlangen Bemühungen ins Leben zurückgerufen werden.

## Aus den russischen Gefängnissen und Verbannungsorten.

Aus Moskau wird dem „Sozialistischen Boten“ geschrieben:

„Die Lebensbedingungen im Politisolator (Gefängnis für politische Gefangene) Werchne-Uralst sind so schlimm, daß es als paradiesische Gabe gilt, wenn man pro Monat einen Rubel pro Kopf zur Aufbesserung der den Gefangenen zustehenden Lebensmittelration erlangen kann. Das Gefängnis ist teilweise mit Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären, Anarchisten, Zionisten, Georgiern und armenischen Dashnaks, vornehmlich aber mit trotzkistischen Oppositionellen belegt. Die Trotzkisten sind im Sommer Opfer brutaler Mißhandlungen geworden und haben eine kalte Dusche aus Feuerwehrschräuchen über sich ergehen lassen müssen, weil sie gegen das Gefängnisregime protestiert hatten.

Es gibt allerdings noch schlimmere Orte: die Konzentrationslager an der Wisischera im nördlichen Uralgebiet, wo Gegenrevolutionäre, Ingenieure, Repmänner und Geistliche gefangen gehalten werden. Die Inhaftierten dieser Lager werden zu der schwersten Zwangsarbeit in Stickstoffabriken, bei Waldarbeiten und im Sandstragenbau verwendet. Von dort führt der Weg nur ins Grab. In diesen Zwangsarbeiten werden hauptsächlich alle diejenigen verwendet, die wegen Teilnahme an spontanen Massenbewegungen (Bauernaufständen, dem vorjährigen Aufstand von Jokusl, den Aufständen von Kurlst und Stawropol, der tatarischen Unabhängigkeitsbewegung usw.) verurteilt worden sind. Dort herrscht ein Grauen, demgegenüber die Schrecken der zaristischen Zeit, die Zwangsarbeit beim Landstrassenbau längs des Amurflusses, eines der ungeliebtesten Unternehmen, in dem die Zuchthäuser beschäftigt wurden und in Massen starben, und das zentrale Katorga-Gefängnis in Orel, das meistgefürchtete Katorga-Gefängnis der Zarenzeit, vollends verblasen.

Außerst schwierig ist die Lage der zahlreichen Gefangenen, die jetzt aus dem Gefängnis entlassen werden und in die Verbannung gehen müssen. Das sind Leute, die die lange Haft jermartert hat, Tuberkulose und Darmfranke. Auch die Verdienstmöglichkeiten in den Deportationsorten haben sich verschlechtert. In der Regel bekommen jetzt die Verbannten überhaupt keine Arbeit, auch Handarbeiter dürfen ihrem Beruf nicht nachgehen. Indessen hat die Lebenssteuerung überall zugenommen. Unterdessen, die jetzt aus dem Gefängnis in die Verbannung gehen, gibt es viele, die unter dem Sowjetregime bereits zum zweiten oder dritten Male deportiert werden d. h. schon seit sechs oder sieben Jahren ihren Passionsweg zurücklegen.

Im Juni 1929 sind in vielen Städten Russlands zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Viele von den erneut Verhafteten waren gerade aus der Verbannung zurückgekehrt. — In einer verzweifeltsten Lage befinden sich die Verbannten, deren Verbannungsstrafe in den entlegensten Gegenden gerade abgelaufen ist und die noch Zentralrussland — einige Großstädte ausgenommen — zurückkehren dürfen. Sie müssen die Reise auf eigene Kosten zurücklegen, und die Fahrt von Otdors, Luruchansk, Karym oder Turkitan nach Rußland kostet einige Duzend Rubel, wobei viele Verbannte auch noch ihre Familie aus der Verbannung zurücktransportieren müssen. Woher aber soll man das Geld nehmen? Und so muß man in den verruchten Verbannungsorten monatelang sitzen, ehe man das Geld zur Rückreise beibringen hat.“

sie sich auch mit einer wütenden Agitation auf die übrigen Seidenbetriebe, welche vertraglich gebunden sind, um diese zum Anschluß an den Streik zu bewegen. In den anderen 32 Seidenbetrieben der Tschsl. Republik besteht gegenwärtig kein Konflikt. Die Kommunisten sind nicht Vertragskontrahenten, haben in den übrigen Betrieben — mit Ausnahme der Fa. Schiel — fast gar keine Mitglieder und aus diesem Grunde diese wütende Agitation. Sie wollen in den Versammlungen ihren „revolutionären“ Speech anbringen — und die Union soll die Streikunterstützung bezahlen. Den streikenden kommunistischen Schiel-Arbeitern wurde übrigens erklärt, daß die Kommunisten in den ersten 14 Tagen keine Streikunterstützung ausbezahlen werden und daß nach 14 Tagen nur die ganz Bedürftigen unterstützt werden sollen! Für die Betriebe Schiel besteht kein Vertragsverhältnis, während die übrigen 32 Seidenfabriken vertraglich gebunden sind und dieser Vertrag von seiner Seite gekündigt wurde.

Die Union fordert die übrigen Seidenarbeiter auf, unter gar keinen Umständen den bolschewistischen Parolen zu folgen, sondern weiter zu arbeiten, insoweit nicht eine Weisung von den zuständigen Gewerkschaften, also den Vertragskontrahenten, erfolgt.

## Brief an ein Kind.

Von Robert Dehler.

Mein Fräulein!

Vielleicht ist es überflüssig, ja geradezu unpassend, Ihnen zu schreiben. Ich gebe mich jedenfalls, was Ihre etwaige Antwort betrifft, keinerlei Illusionen hin.

Verzeihen Sie mir, wenn mich beim Erlinnern an Sie nicht jene Jazz-Rhythmen unfluten, in deren Wirbel Sie damals so jugendlich-freudig untertauchten. Die Jahre haben mich stumpf gemacht und lassen mir allzuoft das reinste Vergnügen unsfarbig werden. Aber das einzige Erlebnis jenes Abends waren doch nur Sie.

Was hatten Sie in Ihrem Blick verborgen? Diese Frage hat mich lange beschäftigt. Ich weiß, man kann zuweilen in Ihre Augen sehr tief hineinschauen, beinahe wie bei sternerer Nacht in den Weltraum hinaus. Es liegt mehr Unermehlichkeit darin, als ich begreifen kann. Dennoch bin ich Ihnen so dankbar für Ihre Augen! Deshalb schreibe ich ja an Sie. Nur um es Ihnen zu sagen. Seien Sie mir deswegen nicht böse, Sie können ja nichts dafür. Wieviel Frauen leben in Prag, die ich kenne. Aber noch keiner wurde ich zu Dank verpflichtet ähnlich wie Ihnen — nur für einen Blick.

Es gibt in der Altstadt ein großes Geschäftshaus. Dort war (unter vielen andern) vor einigen Wochen eine Schaufensterpuppe zu sehen: eine schmale exotische Tänzerin, an der die Seiden in fast zärtlichem Falten hinabfloßen. Ich bin täglich vorübergegangen, wenn möglich auch mehrmals am Tage. Wie war sie Ihnen ähnlich.

Ich werde nie mehr etwas Häßliches tun.

## Wie löst der Sozialismus die nationale Frage?

Vortrag des Abg. Genossen Hampf.

Der Vorsitzende unserer tschechischen Bruderpartei, Gen. Abg. Hampf, sprach am 14. ds. in der „Dělnická Akademie“ über die Einstellung des Sozialismus zu den nationalen Fragen.

Er ging von der Geschichte des 19. Jahrhunderts aus, die den Nationalismus als völkerverbewegende und geschichtsbildende Kraft gezeigt habe. In dieser Epoche sei der Nationalismus wirklich zur Sache der Nationen geworden.

Dieser historischen Entwicklung mußte sich die sozialistische Lehre und die sozialistische Praxis anpassen. Die Geschichte der sozialistischen Internationale spiegelt das Wachsen der Bedeutung nationaler Probleme wider. Die Einstellung der Internationale zu diesen Fragen sei zunächst von dem Grundsatz bestimmt gewesen: Der Proletarier hat kein Vaterland. Aber seit den 90er Jahren habe ihr das historische Geschehen eine immer eingehendere Beschäftigung mit den nationalen Problemen aufgezwungen, wobei die tschechische und die polnische Sozialdemokratie aus historischen Gründen die treibenden Kräfte waren. Genosse Hampf gibt einen kurzen Überblick über die nationalen Fragen, die die Internationale vor dem Weltkrieg beschäftigt haben. Auch heute harren noch eine Reihe von Problemen ihrer Lösung durch die internationale Organisation der Sozialdemokratie: das Problem der Kolonialvölker, die Frage der Nationalitäten Rußlands, und schließlich das große Problem der Befriedung der Welt. In allen diesen Fragen vertritt die Sozialdemokratie heute das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, und sie begrüße alle Schritte, die bisher zur Sicherung des Weltfriedens unternommen worden sind — den Völkerbund, den Kellogg-Pakt u. s. f. Der Völkerbund könne allerdings erst dann ein verlässliches und wirksames Instru-



**Wollen Sie stets trockene u. warme Füße bewahren?**  
 Fragen Sie einzig  
**Schuhe mit Sohlen**  
 echtem Plantagengummi  
 Die Plantagen-Crepesohle ist unvorwärtlich, leicht, elastisch, wasserdicht und schließt Ermüdung aus.  
**Verlangen Sie Schuhe mit Plantagengummi in jeder Schuhniederlage.**  
**The Rubber Gowers Association**  
 London.

ment der Befriedung sein, wenn er demokratisiert sein werde, das heißt, wenn nicht mehr die Regierungen, sondern die Parlamente der einzelnen Staaten in ihm vertreten sein werden.

Auch in der Tschechoslowakei seien die sozialistischen Parteien vor die Aufgabe gestellt, die nationalen Probleme einer gerechten Lösung zuzuführen. Es sei vor allem die Pflicht der tschechischen Sozialdemokratie, als der Sozialdemokratie des Mehrheitsvolkes, sich ihrer großen Verantwortung bewußt zu werden. Die nationale Frage sei nicht eine Sprachenfrage allein, sondern ein politisches und soziales Problem ersten Ranges. Darum sei es auch hier wieder das Prinzip der Demokratie, das allein eine Lösung ermögliche. Das beste Mittel zur Garantie nationaler Gleichberechtigung sei ein demokratisches Wahlrecht; dieses garantiere allen Nationen gleichermaßen die Vertretung ihrer Interessen; wenn daher die tschechische Sozialdemokratie so energisch die Verfälschung des demokratischen Wahlrechts durch die Verwaltungsreform bekämpfe habe, so habe sie damit zugleich auch für nationale Rechte gekämpft. Die tschechische Sozialdemokratie habe sich seit der Gründung der Republik um eine Verständigung mit der deutschen Bruderpartei bemüht; heute seien die — historisch und psychologisch begreiflichen — Schwierigkeiten überwunden, und die Zusammenarbeit der Parteien sei ja nun eine vollendete Tatsache. Um so mehr sei die tschechische Sozialdemokratie überzeugt, daß sich auch in der Republik ein modus vivendi zwischen den Völkern finden lasse durch das Zustandekommen einer gewissen Autonomie auf kulturellem Gebiet.

Im tschechischen Volk, behauptete Genosse Hampf, gebe es fast keine programmatischen Chauvinisten. Man müsse den tschechischen Nationalismus begreifen aus der Psychologie eines kleinen Volkes, das in einem kleinen und insofern seiner ungunstigen geographischen Lage gefährdeten Lande lebt, bei dem es daher verständlich sei, wenn ihm die Sicherung seiner Grenzen und seiner staatlichen Integrität auf dem Herzen liegt. Das Gefühl der Sicherheit könne ihm nur durch die Sicherung des allgemeinen Friedens gegeben werden, die ihrerseits uns durch die Mittel der Demokratie erzielt werden kann.

Im internationalen Maßstab ebenso wie in diesem Lande schaffe die Demokratie eine Atmosphäre des Vertrauens, die Grundlage des Weltfriedens. In unserem Staate sei eine wahre Demokratie die Voraussetzung für das Ausleben der einzelnen Nationen auf kulturellem Gebiet; sie werde es ermöglichen, daß im Wege des friedlichen Ausgleiches jedem Volk das gegeben werde, was es zum Leben braucht.

Die Sozialdemokratie aber, die Vertreterin der großen Massen des arbeitenden Volkes, des Proletariats, das keinen nationalen Haß kenne, sei vor allem andern dazu berufen, die nationale Frage zu lösen.

Die Ausführungen des Gen. Abg. Hampf fanden bei der außerordentlich zahlreichen Zuhörerschaft starken Beifall.

**Kinderfreunde Prag.**

**Vortrag.**

Genosse Josef Hossbauer über **Erziehung zur Gemeinschaft** am Montag, den 17. Feber, um acht Uhr abends im Handwerkerverein (kleiner Urania - Saal) Prag II., Smečtagasse.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

**Erfreuliche Entwicklung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung in Deutschland.**

Mitteilungen des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes in Deutschland zufolge erfreut sich diese Spitzenorganisation der Kopfarbeiter einer erfreulichen Entwicklung. Zu Beginn des Jahres 1927 betrug die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände insgesamt 400.000. Im Juli 1928 waren dem A. F. A.-Bund bereits 411.766 Mitglieder angeschlossen, im Dezember 1928 421.106, im Juli 1929 439.246. Bis Ende des Jahres 1929 dürfte der Mitgliederbestand die Zahl von 450.000 überschritten haben.

Die Ursache des Mitgliedererfolges ist nicht nur auf die verbesserte Werbetaetätigkeit der Verbände zurückzuführen, sondern entspricht vor allem der sozialen Lage der Angestellten. Die Zuspitzung kapitalistischer Methoden, der Rationalisierung und Technisierung, beeinflusst die Stellung des Angestellten in der Wirtschaft. Ihre Klassenlage gleicht sich immer mehr jener der Arbeiter an und zwingt die Angestellten zum engsten Zusammenschluß.

**Kunst und Wissen.**

**Gastspiel Max Adalbert.**

„Das Parfum meiner Frau.“

Der Schwanz, den Leo Benz anspruchsvoll ein Lustspiel nennt, lehnt sich im ersten und im letzten Akt kräftig an das „Fledermaus“-Libretto an. Der zweite Akt ist gewissermaßen eine Einlage mit französischen Schwankmotiven. Während im Laufe des Stückes die Penaten des häuslichen Herdes in Frieden schlafen, ereignet sich im Hause des Professors Kurt Schröder ein vermeintlicher doppelter Ehebruch, indem das Mädchen Emma den Herrn Professor, der Diener Josef aber die gnädige Frau zu lieben glaubt. Die improvisierte Gerichtsitzung des letzten Aktes (siehe „Fledermaus“) klärt die Irrtümer auf und vereint die Paare, so wie sie nach dem gesellschaftlichen Kodex, der es natürlich unerhört fände, wenn der Herr mit der Frau und die Dame mit dem Diener... wie sie also in der gut bürgerlichen Gesellschaft, die so wiederum nur im Lustspiel vorkommt, zusammengehören.

Aber diese ganze erborgte Komödie ist natürlich Nebenache, wo Max Adalbert souverän die Bühne beherrscht. Diesmal vergewaltigt er paffenbergsich — aber es bleibt dabei durchaus originell — Sätze und Worte und da es in dem Schwanz kein Sprachgut zu wahren, sondern aus der Spreng eines strotzenden Dialogs die wenigen Körner zu holen gilt, ist man freudig dabei, wenn der überlegene Schauspielers dem kleinen Autor auf die Beine hilft. In allen Tonarten beherrscht der Komiker Adalbert den Dialog und die Szene: witzig und mit Sprichwörtern jonglierend, in der brunnigen Zerstreutheit des Professors und im zärtlichen Gelasse des Speker-Männchens. Erstaunlich, was er selbst aus einem Worte, ohne es zu ändern, an Wirkung holt, so aus dem Wortchen „berjährt“, wenn er über die Advokaten schimpft. Und tritt dann der Anwalt zur Tür herein, die Erledigung einer „benache berjährt“ Sache als Grund der Verspätung vorführend, dann nimmt Adalbert das Wort wieder auf, um es gleich mit unnachahmlicher Geste beiseitezulegen: „Berjährt, berjährt, haben wir eben besprochen!“

Auch im Spiel aber, in den Extempores und in den Effekten, die er explosiv wie Extempores zur Wirkung bringt, liegt der naturhafte Komiker, bei dem jede Geste aus dem Menschen wächst, den er gestaltet, wie er jedes Wort dort ansetzt, wo es wirken muß. Keine Silbe und keine Bewegung gehen verloren, und alle sind, so leicht er sie nimmt und so mühelos er mit ihnen arbeitet. Linien eines Charakterbildes, das der große Schauspieler oben auch im jimpelsten Schwanz zu zeichnen versteht.

Man unterhielt sich glänzend wie immer bei Adalbert, der nun wirklich auch schon in Prag volle Häuser verdient und sich erheben hätte! Im Ensemble sind Sarnow und die nette Collette Corder noch von früheren Gastspielen bekannt. Neu Ushi Cleot, Olga Limburg, Berthold Reifig; keine Niets, aber auch keine Ubertreibungen.

Theodor Weidls „Kranwit“, jene nach einem Libretto des jüdisch-deutschen Dichters Hans Mahlik komponierte Märchenoper, die ihrem musikalischen Schöpfer den tschechoslowakischen Staatspreis für das Jahr 1929 eintrug und die in der vorloren Saison durch Kapellmeister Dr. Kostlko ihre Uraufführung am Prager Deut-

lichen Theater erlebte, wurde dort am Donnerstag zum erstenmale in dieser Spielzeit wieder aufgeführt. Die schönen lyrischen Stellen dieser durchaus lyrischen Märchenoper, namentlich jene des zweiten Aktes, wirkten auch diesmal mit überzeugender Stimmungsstärke. Die Befehung der Hauptrollen des Wertes war die gleiche wie bei der Uraufführung und gab Frä. Kramer sowie den Herren Dresdner und Hagen Gelegenheit zu erfolgreicher gefanglicher und darstellerischer Betätigung. Der besondere Anlaß dieser „Kranwit“-Wiederaufführung war übrigens ihre Verwendung für den Rundfunk; nach unbegreiflich langer Zeit wieder einmal eine deutsche Opernsendung aus dem Prager Deutschen Theater. Man glaubte sie für den Rundfunk auch dadurch besonders interessant zu gestalten, daß man den Komponisten selbst ans Dirigentenpult berufen hatte. Aber nicht immer zum Vorteile des Wertes; denn Weidls ist weder ein bedeutender und erfahrener Dirigent noch ein durch Temperament ausgezeichneter Musiker. So kam es denn auch, daß diese „Kranwit“-Aufführung farblos geriet als ihre feinerzeit durch Dr. Kostlko bewirkte Wiedergabe und daß sie in der künstlerische Durchführung mißunter die feste Hand einer sicheren musikalischen Leitung vermissen ließ. Und noch etwas ist bedauernd festzustellen: Die Wortdeutlichkeit an diesem Opernabend ließ allgemein alles zu wünschen übrig, ein doppelt empfindlicher Fehler, wo es sich um eine Rundfunkübertragung handelte. Das schlecht besuchte Haus war befallenslustig, ließ sich aber die Gelegenheit nicht entgehen, den selbst um sein Werk bemühten Komponisten zu ehren.

Die Matinee der Deutschen Musikakademie in Prag, „Kleine Bühne“, ist aus technischen Gründen auf den 2. März verschoben.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, 9 Uhr, Urania-Vorstellung: „Figaros Hochzeit“; halb 8 Uhr, Ensemblegastspiel Max Adalbert: „Raß oder trocken“. Sonntag, halb 8 Uhr, Kulturverband und Angestelltenvorstellung: „Marrionetta“; halb 8 Uhr, Ensemblegastspiel Max Adalbert: „Der Walzer von heute Nacht“. Montag (11-2), halb 8 Uhr: „La Boheme“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Samstag, halb 8 Uhr: „Frau Vidal hat einen Geliebten“. Sonntag, halb 11 Uhr: Matinee Musikakademie; 3 Uhr: „Leinen aus Irland“; halb 8 Uhr: „Die Sachertorte“. Montag (Bankbeamten I): „Im Spiel der Sommerlüfte“.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

Das Rezept des Augenarztes kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännlich angepasst wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“, ausführen.

Die moderne Medizin verordnet gegen Schmerzen jeder Art Logal. Generaldepot für die ESl. Republik Brauners Apotheke „Zum weißen Löwen“, Prag II, Pflkopy 12.

**Sport \* Spiel \* Körperpflege**

**Die Exekutive der OASB. in Wien.**

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale tagte am 7. Feber in Wien, um zu wichtigen Fragen des Olympias und zur Durchführung der Prager Kongreßbeschlüsse Stellung zu nehmen. Die sportpolitische Seite erhielt

4. bis 6. Juli 1930

eine weitere Märgung durch den Ausschuß des elässischen Verbandes (F.S.A.L.). Der Verband wurde deshalb ausgeschlossen, weil er seit 1928 keine Beiträge bezahlte und sich weigert die Beschlüsse der OASB. durchzuführen.

Der internationale Fachauschuß tagt im September in Leipzig, anschließend soll ein internationaler Lehrgang für das Frauenturnen an der Arbeiter-Turn- u. Sporttschule in Leipzig stattfinden.

Eine längere Aussprache brachte das Verhältnis des tschechischen Arbeiter-Turnverbandes zur

**Bundes-Turn- und Sportfest**

Einführung des Fußballspiels. Die Exekutive beschloß, den dem tschechischen Arbeiter-Turnverband, ESl. Prag, nicht angehörenden Arbeiter-Fußballspielern den Eintritt in den Arbeiter-Turn- und Sportverband, ESl. Kuffig, zu empfehlen, weil der Prager Verband die Einführung des Fußballspiels ablehnt.

Die in diesem Jahre stattfindenden großen Verbandsfeste in Belgien, Lettland, Schweiz, Tschechoslowakei (Kuffig und Prag),

**Kuffig a. E.**

Holland, Ungarn werden den angeschlossenen Verbänden zum zahlreichen Besuch empfohlen und durch Mitglieder des Internationalen Büros befehdt.

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der OASB. findet im September 1930 eine Sitzung des Internationalen Büros in der Schweiz statt. Für diese Feier wird eine Festschrift herausgegeben.

Die nächste Sitzung der Exekutive findet aus Anlaß der Hygiene-Ausstellung am 3. Juli 1930 in Dresden statt.

Moskauer Sportinternationale in USA. abgeblit: Auf dem im Dänner 1930 stattgefundenen

Bundestag des Nordamerikanischen Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, der der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale angehört, erschien als ungebeter Gast ein Vertreter der Roten Sportinternationale (Moskau) und versuchte in einer Rede die Sozialistische Arbeiter-Sportinternationale und ihre Führer zu beschimpfen. Die Bundesdelegierten waren darüber so empört, daß sie unter donnernden Rufsen „So to hell“ („Kaus mit Dir“) sein Verschwinden forderten. Der R.S.I.-Vertreter mußte den Bundestag verlassen.

Schwimmen im Schweizer Arbeiter-Sport. Trotz den wenigen Gelegenheiten zur wassersportlichen Betätigung in der Schweiz macht der Schwimm-Sport im Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportverband Fortschritte. Der Unterverband für Schwimmen führte im Jänner erstmalig eine Schwimmwartepprüfung durch, die zeigte, daß der Verband viel Wert darauf legt, Schwimmen nur durch tüchtige Schwimmwarte lehren zu lassen. Die angehenden Schwimmwarte hatten eine mündliche, schriftliche und praktische Prüfung zu bestehen. Bei der praktischen Prüfung mußten sie die Beherrschung der vier Schwimmarten, Strecken- und Gegenstandtauchen, Wasserspringen und Wiederbelebungsversuche nachweisen.

Die Festlichkeiten der tschechischen Arbeiterjugend in Prag 1930, die vom tschechischen Arbeiter-Turnverband am 28. und 29. Juni 1930 veranstaltet werden, versprechen eine großartige Manifestation für den Gedanken des Arbeitersports zu werden. Im Rahmen der Festtage werden Turnwettkämpfe der im Verbande organisierten Jungturner stattfinden, die in Fünfkämpfen ausgetragen werden. Der Fünfkampf der Jungturner umfaßt Geräteturnen, Uebungen am Pferd und am Reß, 100 Meter-Lauf und Speerwerfen; der der Jungturnerinnen: Freilebungen, Barrenturnen, 60-Meter-Lauf, Schleuderball und Weisprung mit Anlauf. Außer den Fünfkämpfen werden Wettschwimmen der Jungturner und Schüler, Wettkämpfe in Ballspielen und Wettbogenschießen der Pfadfinder zur Durchführung gelangen.

Unentgeltliche Beratungen der Arbeiterfürsorge finden jeden Samstag von 5-7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, Smečtagasse Nr. 27, statt.

**Der Film.**

Programm der Prager Lichtspielbühnen. Urania (deutsches) Kino: „Links der Isar — rechts der Spree.“

Edo: „Rohn und Roubitschek.“ — „Das Kind der Peripherie.“

Alma: „Die Schuld der Prinzessin Helena.“ — „Die rote Nacht in Wladimirof.“

American: „Gigolo.“ — „Schatten des Grauens.“ Chaney.

Ballal: „Cagliostro.“

Belvedere: „Lache Bajazzo...“ Von Chaney.

Belva: „Die Schuld der Prinzessin Helena.“ — „Es flüstert die Nacht.“ Lil Dagover.

Daffion: „Stürmische Jugend.“ Moran.

Katlin: „Weiße Hölle.“ — „Nennen uns Leben.“

Konkitt: „Es flüstert die Nacht.“ — „Sextanerin.“

Binohradsko Vario: „Die Baunen einer verwöhnten Frau.“

Adria: „Vier Federn.“

Alfa: „Singing Fool.“

Avlon: „12 Räuber an der Wolga.“

Veránek: „Der Feind.“ Viktan Gish.

Favorit: „Die Leidenschaft des Grafen Andree.“

Rebort: „Oberst Spec.“

Floza: „Der närrische Flieger.“

Ovya: „Matrosenliebchen.“ Clara Bow.

Jull: „Im Prater blüh'n wieder die Bäume.“

Kapitol: „Broadway Melody.“

Romorni: „Das Herz Asiens.“

Koruna: „Der Feind.“ Viktan Gish.

Katba: „Die Tänzerin.“

Louvre: „Carmen.“ Charlie Chaplin. — „Der Kampf um die Todesstrahlen.“

Lucerna: „Das Kind von Paris.“

Retto: „Tombi.“ — „Demänova.“

Olympie: „Matrosenliebchen.“ Clara Bow.

Passage: „Broadway Melody.“

Praha: „Der Meisterdetektiv.“ — „Boxers Liebe.“

Radio: „Der Meisterdetektiv.“

Skaut: „Weiße Schatten.“

Sokolozor: „Der närrische Flieger.“

In dieser Rubrik besprochene Bücher und Zeitschriften sind durch die Volksbuchhandlung Thurner und Comp., Brünn, Französische Straße 24/26, zu beziehen.

**Bereinsnachrichten.**

**„Karlsbad in der Zukunft“**

Ist die Devise des diesjährigen Maskenballes der Union der Geschäftsfreisenden und Vertreter in Prag, welcher am 15. März im großen Lucerna-Saal stattfindet. Alle Vorbereitungen sind getroffen, Einladungen bereits versendet, wer keine erhalten hat, der reklamiere. Vorverkauf sofort restliche Logen und Plätze im Sekretariate der Union, Jungmannova 29, Telephon 24246.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Neichenberg. Anteilsscheinbesitzer



**Die moderne Medizin**  
beweist ihre Höhe in erster Linie in den von ihr geschaffenen Heilmitteln, unter denen  
**Logal**  
als eines der hervorragendsten Präparate gegen Gicht, Rheuma, Ischias und Nervenschmerzen gilt.  
Generaldepot:  
**Brauners Apotheke „Zum weißen Löwen“.**  
Kč 28.- PRAG II., Pflkopy 12. Kč 12.-  
Im Palais Silva Taroucca

Achtung! Die Besitzer von Anteilsscheinen für das Naturfreundehaus „Königshöhe“ werden darauf aufmerksam gemacht, daß die bis zum 31. Dezember 1929 fälligen Zinsen in der Spar- und Kreditkassa des Allgemeinen Angestellten-Verbandes, Neichenberg, Turnerstraße 27 Part. während der Amtsstunden zur Auszahlung gelangen. Die Anteilsscheine sind vorzulegen, da ohne deren Vorlage keine Zinsen ausbezahlt werden. Bis zum 30. April 1930 nicht bezogene Zinsen verfallen zugunsten des Naturfreundehauses.

**Literatur.**

„Die Kirche in der Karikatur“ von Friedrich Wendel. Eine Sammlung antiker Karikaturen (125 bisher noch nicht veröffentlichte Illustrationen), Volkslieder, Sprichwörter und Anekdoten. Erschienen bei „Der Freidenker“, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin S.W. 29, Gneisenaustraße 41. Preis auf holzfreiem Papier gedruckt und in Ganzleinen mit Goldaufdruck gebunden M. 3.—. Friedrich Wendel, auf dem Gebiet der Karikaturenforschung längst kein Unbekannter mehr, bietet in diesem seinem neuesten Buch eine kulturhistorisch äußerst wertvolle Materialiensammlung, die zudem jedem, der sie durcharbeitet, Stunden reineren Vergnügens bereitet. Man kommt zu der Ueberzeugung, daß das Beste, was der Volkswitz aller Zeiten geleistet hat, immer auf Kosten der Kirche zustande gekommen ist. Wieso das aber so war und sein mußte, legte Friedrich Wendel mit knappen, scharf umreißenden Strichen seiner flotten und geistvollen Feder dar. Die Aufklärungs- und Propaganda-Literatur der Freidenker hat mit der Publikation dieses Werkes einen Weg beschritten, zu dem man nur gratulieren kann.

Herausgeber: Siegfried Taub.  
Chefredakteur: Wilhelm Rieznex.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag.  
Druck: Koto U. S. für Zeitung- und Buchdruck, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: Otto Schöckl, Prag.  
Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.900/VII-1929 bewilligt.

**Beschicket und besucht die**  
**XX. Internationale Prager Frühjahrs-Messe**  
532 vom 16. bis 21. März 1930  
Legitimationskarten zu 25 K bei 35% Fahrpreismäßigung bei allen Auslandsvertretungen der Csl. Republik und beim Messeamt in Prag VII., Veletřní 200, erhältlich  
Allgemeine Messe. Sondergruppe für praktische Wirtschaftsführung im Haushalte. Hotel-Messe. Gesundheits-technik u. Städtelygiene. Radio-Messe. Technische Messe. Möbel- und Piano-Messe. Spielwarenmesse. Autobörse. Internationale Pelzwaren-Messe. Motorräder- und Fahrrad-Messe. Die größten in- und ausländischen Firmen als Aussteller. Zahlreiche Ausstellungsgruppen. XXI. Prager Herbstmesse vom 7. bis 14. September 1930.  
Messekatalog tschechisch, deutsch, französisch, englisch: Jede Ausgabe Kč 10.—.  
Messepalast mit Expositio-Musterräumen ganzjährig geöffnet.

**Ein jüngerer Elektro-Meister und ein Turbinenmeister**

für den Betrieb eines größeren Dampfstrahlwertes, Drehstrom und Gleichstrom, mit längerer Erfahrung im praktischen Betriebe, in eine größere Provinzstadt Nordböhmens

**gesucht.**

Anträge mit Lichtbild unter „Strebsam und Verlässlich“ an die Administration des Blattes.

**Kontrollkassen**  
Lassen Sie sich unverbindlich erklären, warum für Ihre Opschalt nur eine Anker-Kassa in Frage kommen kann. Alle Kassen werden in Zahlung genommen.  
Lieferant für Kassa-vertrieb  
552